

# POLIZEI REPORT

G 58066  
ISSN 1619-0335  
Nr. 40  
Sept. 2011

Der "sichere Arbeitsplatz"...



## Polizei ist mehr Wert!

BEZIRKSGRUPPEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN HESSEN UND  
HESS. BEREITSCHAFTSPOLIZEI IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,  
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER  
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

# POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen  
 Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der  
 Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
 und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und  
 PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutz-  
 polizeiabteilung, Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten  
 in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach und  
 Polizeireiterstaffel Hessen

## Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
 Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
 Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

## Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-  
 arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
 Geschäftsführer: H. R. Jud

## Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

## Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden  
 Gerhard Ruppel (Vi.S.d.P.), Heidi Rüdiger,  
 Ralf Humpf  
 Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden

GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei  
 Jens Mohrherr (Vi.S.d.P.)  
 c/o Friedrich-Ebert-Allee 12,  
 65185 Wiesbaden

## Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK  
 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
 enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
 wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
 lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
 auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
 gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
 die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
 werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
 veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
 Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
 zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
 und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
 Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
 vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
 (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
 ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
 werbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
 (ISSN 1619-0335)

## Aus dem Inhalt

Verbraucherpreise .....	5
Zehn Jahre Polizei Report .....	6
Vereidigung 2011 .....	8
GdP auf dem Hessentag .....	9
Europaviertelfest .....	10
Familienfest in der Mudra .....	11
Landesreiterstaffel .....	11
Sportfest in der II. BPA .....	12
80. Geburtstag .....	13
Personalratswahlen 2012 .....	13
Welcher Berufsstand genießt Vertrauen? .....	14
Perspektive? .....	15
Beihilfe vor dem Aus? .....	16
Nazis in Gießen .....	17
Hessische Polizeistiftung .....	18
Tu was! - Radtour für Zivilcourage .....	19
Verabschiedung .....	20
GdP Protest in Wiesbaden .....	21
Pflegefall - was tun? .....	23
Bikertour der KG Mudra .....	24
Schlusspunkt .....	26



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Jens Mohrherr

selten zuvor hat in der Zeit, in der  
 ich im Hauptpersonalrat der hessi-  
 schen Polizei die Verantwortung tra-  
 ge, ein politisches Vorhaben bei un-  
 seren Kolleginnen und Kollegen  
 eine solche Welle der Anteilnahme  
 genommen, wie die unlängst durch  
 den Hauptpersonalrat und die örtli-  
 chen Personalräte angestoßene  
 Meinungsmitteilung zur beabsich-  
 tigten Tarif(Nicht)übertragung (Ge-  
 setzesantrag 18 / 4125) auf die  
 hessischen Beamtinnen und Beam-  
 ten. Um es vorweg zu nehmen: es  
 gab auch kritische Stimmen, die  
 auch Personalräten und Gewerk-  
 schaften den Spiegel vor das Ge-  
 sicht hielten. Das ist zum Einen gut  
 so und zum Anderen auch mehr als  
 notwendig. Zumindest aus meiner  
 persönlichen Betrachtung.

Aus allen hessischen Dienststel-  
 len, Kommissariaten wie Dienst-  
 gruppen, Schichtdienst- oder Tag-  
 dienststellen, quer durch das  
 Hessenland, haben Kolleginnen  
 und Kollegen ihrem Unmut Luft da-  
 rüber gemacht, was sie von der be-  
 absichtigten (Nicht-) Übertragung  
 des Tarifergebnisses halten. Was  
 aber nicht gleichbedeutend damit  
 ist, dass ein Keil zwischen den Tarif-  
 beschäftigten und den Beamtinnen  
 und Beamten getrieben wurde. Im  
 Gegenteil: die Mehrzahl der mir  
 vorliegenden Zuschriften lobten  
 ausdrücklich die hervorragende Ar-  
 beit unserer Tarifbeschäftigten bei  
 der hessischen Polizei. Und genau-  
 so wichtig: sie gönnen den Tarifab-  
 schluss den Tarifbeschäftigten in  
 Cent und Euro!

An den parallel im Sommer be-  
 reits erfolgten Anpassungen der  
 Diäten im Hessischen Landtag indes  
 lassen unsere Kolleginnen und Kol-  
 legen kein gutes Haar! Und das ist  
 mit einem Blick auf das Klima der  
 hessischen Polizei ein Fingerzeig,  
 den die politischen Verantwortungs-  
 träger nicht ignorieren sollten. Poli-  
 zistinnen und Polizisten, Fach- und  
 Verwaltungsbeamtinnen und -be-  
 amte fühlen sich nach vielen Ver-  
 schlechterungen, die sie in den zu-  
 rückliegenden 12 Jahren erfahren  
 haben, als Angehörige des öffentli-  
 chen Dienstes und insbesondere  
 der Polizei, als Bürger zweiter Klas-  
 se. Zu Beginn eines jeden Jahres ge-  
 ben Innenminister und Landespoli-  
 zeipräsident in einer Pressekon-  
 ferenz anhand der veröffentlichten

Fallzahlen und Aufklärungsergebnisse der Öffentlichkeit einen Einblick über die Leistungen der hessischen Polizei. Und die sind, ich erspare mir die Superlative, wirklich sehr gut. Parallel dazu nimmt die allgemeine Einkommensentwicklung ihren Lauf, die Inflation und die gestiegenen Lebenshaltungskosten (Strom, Gas, Öl, Wasser) müssen durch die zu Verfügung stehenden Einkommen bezahlt werden. Wie sollen die Kolleginnen und Kollegen ihre Rechnungen bezahlen, wenn ihre persönliche Einkommen nicht mit der Inflationsrate Schritt halten können?



Das Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht. Ein jahrzehntealter Grundsatz in Hessen, der seit dem Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder durch Hessen (und Berlin) aufgeweicht wurde. Waren es anfänglich nur Versuche, beispielsweise durch zeitliche Verschiebungen den Beamtinnen und Beamten die Tarifübertragung vorzuenthalten, haben nunmehr die beiden an der Regierung beteiligten Fraktionen von FDP und CDU mit ihrem Gesetzesantrag 18 / 4125 endgültig ihr wahres Gesicht gezeigt. Vom jahrzehntelangen Gleichklang ist keine Spur mehr auszumachen. Und natürlich haben viele Kolleginnen und Kollegen in ihren Zuschriften erkannt: die gesetzlich durch den Bürger bei den zurückliegenden Kommunalwahlen abgesegnete Schuldenbremse wird als Anlass genommen, Einsparungen bei denen vorzunehmen, die ohne Streikrecht ausgestattet sind!

Im Rahmen des zurückliegenden Anhörungsverfahrens Mitte August im hessischen Landtag haben Personalräte und Gewerkschaften deutlich gemacht, was sie vom Vorhaben, die hessischen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten sowie Fach- und

Verwaltungsbeamtinnen und -beamten abzuhängen, halten. Nämlich: Nichts!

Gemessen am Anteil der hessischen Landesbeamtinnen und -beamten sind die rund 15.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten sowie Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten zwar ein überschaubarer Teil der derzeit mit 96.000 Aktiven bezifferten Beamtenschaft. Aber die bereits verordneten Verschlechterungen bei der Polizei haben eben Spuren hinterlassen, die die Kolleginnen und Kollegen so nicht hinnehmen können. Permanente Sonderopfer bei den hessischen Beamtinnen und Beamten haben das Vertrauen in den Dienstherrn schwinden lassen. Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gibt es nur noch fragmentarisch. Wie sollen zudem gerade die am Anfang ihres Berufslebens stehenden jungen Polizeibeschäftigten im Rhein- Main Gebiet bezahlbaren Wohnraum für sich und ggf. ihre Familien finden? Die Arbeitsverdichtung hat einen Scheitelpunkt, gerade im Schichtdienst, erreicht. Familie und Beruf in Einklang zu bringen gelingt nur äußerst mühsam, wie auch die Pflege sozialer Kontakte im privaten Bereich. Hinzu kommen die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe vom polizeilichen Gegenüber. Immer brutale Angriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen machen die zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft deutlich. Die Tätigkeiten der Polizei unterscheiden sich durch eine wesentliche, verfassungsgemäße Aufgabewahrnehmung von anderen hoheitlichen Tätigkeiten. Mit Blick zu unseren Nachbarn ist unseren Kolleginnen und Kollegen nicht verborgen geblieben, dass in anderen Bundesländern, auch und insbesondere in den sogenannten „Nehmerländern“, die dortigen Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich in den Genuss der dort abgeschlossenen Tarifergebnisse kommen. Und Hessen bietet doch im Konzert der Bundesländer etwas Einmaliges: die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten, Fach- und Verwaltungsbeamten haben mit der 42 Stunden Woche die

längste Wochenarbeitszeit innerhalb der Bundesrepublik. Respekt - dafür haben wir ja ein Lebensarbeitszeitkonto! Die einstmalige „am besten besoldete und ausgestattete Polizei“ (Zitat vom ehemaligen Innenminister und jetzigem Ministerpräsidenten Volker Bouffier) ist weit weg von der Spitze, wenn man die Laufbahngruppen und die Besoldung der Länder nebeneinander legt. Und die Sache mit der Bekleidung hält schon lange nicht mehr das, was weiland mit der Einführung der neuen schicken Uniform versprochen wurde. Das Festhalten am Bewährten bringt keine Verbesserungen, sagen unsere Beschäftigten, mit Blick auf Ausstattungen in anderen Ländern. Aber wir haben ja ein Logistikzentrum in Ditzingen, was jedem Besteller bei der hessischen Polizei längst ein Begriff ist, weil es eben im Vergleich mit einem professionellen Bekleidungsshop nicht mithält. Mit viel Brimborium wurde 2006 die Föderalismusreform von der damaligen Großen Koalition in Berlin (im Bundestag und im Bundesrat) initiiert. Diese hat nunmehr im fünften Jahr ihrer Existenz eine eher bescheidene Erfolgsgeschichte geschrieben. Die Kompetenzen zur Regelung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts für die Länder nehmen Gestalt an. Verbesserungen lassen auf sich warten und mit Verschlechterungen müssen aktive wie pensionierte Beamtinnen und Beamte leben. Warum die Rolle rückwärts erfolgte, wurden doch erst in den 70er Jahren die Kompetenzen aus den Ländern in den Bund verlegt, bleibt das Geheimnis der politisch Verantwortlichen. Sind die Tätigkeiten, die die Polizei in Kiel bei Personen- und Fahrzeugkontrollen verrichten andere als in München? Ist die Verfolgung von Wirtschaftskriminalität in Frankfurt eine andere als in Berlin? Ein klares Nein dazu. Mit Blick auf das 1. Dienstrechtmodernisierungsgesetz in Hessen (1. DRModG) war spätestens seit dem vorgelegten Mediationsbericht klar, wohin die Reise geht. Eine Talfahrt, ohne dass es Bergauf geht. Jetzt teilen die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit, dass mit dem 2. DRModG, welches wahrschein-

lich 2013 in Kraft treten wird, weitere Einschnitte verbunden sind.

Hessen wird sich wohl zu Lasten der Beihilfeberechtigten und deren Familien schadlos halten und, das ärgert am Meisten, wahrscheinlich wieder das Vorhaben als eine Art „Operation Sichere Zukunft“ verkaufen. Andere Bundesländer ge-

währen hingegen Freie Heilfürsorge! Die Gewerkschaften werden im Fortgang zu den Vorhaben berichten. Das 2. DRModG wird die Beamtenbesoldung und -versorgung, das Disziplinargesetz und das Versorgungsrücklagengesetz neu fassen, um nur einige gesetzliche Neuerungen anzusprechen. Unsere Kolle-

ginnen und Kollegen stellten in vielen Zuschriften, die mich erreichten, fest, dass die Personalräte, trotz gesetzlicher Beschneidungen in Sachen Mitbestimmung, noch aggressiver und deutlicher sagen müssen, worin die Probleme bestehen.

Bis zum nächsten Mal,  
Euer Jens Mohrherr

## Verbraucherpreise Juli 2011

### + 2,4 % gegenüber Juli 2010 – Gehaltsanpassung JETZT!

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im Juli 2011 um 2,4 % höher als im Juli 2010. Damit verharret die Inflationsrate bereits ein halbes Jahr über der Zwei-Prozent-Marke. Im Mai und Juni 2011 hatte die Inflationsrate jeweils bei 2,3 % gelegen. Im Vergleich zum Vormonat Juni 2011 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,4 %. Das Statistische Bundesamt (Destatis) bestätigt damit sein vorläufiges Ergebnis für Juli 2011.

Die Inflationsrate wurde im Juli 2011 maßgeblich durch weiter steigende Energiepreise (Kraftstoffe und Haushaltsenergie) bestimmt. Energie verteuerte sich im Juli 2011 insgesamt um 10,6 % gegenüber Juli 2010. Vor allem die Kraftstoffpreise lagen mit + 12,3 % deutlich über dem Vorjahresniveau. Auch Haushaltsenergie war teurer als ein Jahr zuvor (+ 9,8 %; darunter leichtes Heizöl: + 25,6 %; Umlage für Zentralheizung, Fernwärme: + 8,8 %; Strom: + 7,4 %). Ohne Berücksichtigung der Energie hätte die Inflationsrate im Juli 2011 nur bei + 1,5 % gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 2,1 %. Deutlich teurer waren vor allem Speisefette und Speiseöle (+ 11,8 %; darunter Margarine: + 11,5 %; Butter: + 11,2 %) sowie viele Molkereiprodukte (zum Beispiel Sahne: + 12,6 %; Quark:

+ 8,3%; H-Milch: + 7,1%). Auch für Fisch und Fischwaren (+ 4,1 %) sowie für Brot und Getreideerzeugnisse (+ 3,6 %) mussten die Konsumenten mehr als vor einem Jahr zahlen. Gemüse (3,6 %) und Obst (1,8 %) wurden dagegen im gleichen Zeitraum etwas günstiger; insbesondere frisches Gemüse und frisches Obst kosteten deutlich weniger als ein Jahr zuvor (zum Beispiel Paprika: - 25,5 %; Tomaten: - 17,6 %; Kartoffeln: - 4,5 %; Bananen: - 12,6 %; Weintrauben: - 8,7 %). Auffällig blieb im Juli 2011 der Preisanstieg bei alkoholfreien Getränken mit + 7,2 %, der sich vor allem aus der Verteuerung von Kaffee (+ 20,4 %) und Fruchtsäften (zum Beispiel Fruchtsaft aus Zitrusfrüchten: + 14,6 %) ergibt.

Der mit + 3,5 % überdurchschnittliche Preisanstieg bei Waren war vor allem auf die Preisentwicklung bei Verbrauchsgütern (+ 5,0 %) zurückzuführen. Unter den Verbrauchsgütern verteuerten sich neben Energie und Nahrungsmitteln unter anderem auch Tabakwaren (+ 2,3 % gegenüber Juli 2010). Die Preise für Güter mit mittlerer Lebensdauer erhöhten sich um 1,6 % (zum Beispiel: Bekleidung: + 1,8 %). Die Preisentwicklung bei langle-

bigen Gebrauchsgütern blieb verbraucherfreundlich (minus 0,1 %), besonders günstig entwickelten sich hier die Preise für Geräte der Informationsverarbeitung (- 11,1 %).

Die Preise für Dienstleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Bestimmend ist hier weiterhin die moderate Preisentwicklung bei Nettokaltmieten (+ 1,2 %) – die Mieten machen gut 20 % des Gesamtbudgets der Haushalte aus. Unter den Dienstleistungen verteuerten sich binnen Jahresfrist vor allem die Flüge (+ 15,6 %), günstiger blieb dagegen die Nachrichtenübermittlung (- 3,1 %).

Liebe Abgeordnete des hessischen Landtages: Wer jetzt noch den Beamtinnen und Beamten in Hessen erklären will, dass gespart werden muss, hat die ansteigenden Lebenshaltungskosten ignoriert! Wir sind nicht die Beschäftigten zweiter Klasse!

GdP; Quelle: Statistisches Bundesamt

# 10 Jahre Polizei - Report

## der Bezirksgruppen PZBH und HBP

Seit nunmehr 10 Jahren gibt es ihn: den Polizeireport der Bezirksgruppen Polizeizentralbehörden und der Hessischen Bereitschaftspolizei. Damals, nach der erfolgten Neuorganisation der hessischen Polizei, mussten auch die Strukturen in der Gewerkschaft der Polizei angepasst werden. So wurde einerseits die bis dahin bestehende Bezirksgruppe Wiesbaden zur Bezirksgruppe Westhessen umbenannt. Andererseits wurden die bis dahin der Bezirksgruppe Wiesbaden angehörigen Kreisgruppen HLKA, PTLV und HPS ausgegliedert und damit zu einer eigenständigen Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden „zusammengelegt“. Schnell wurde der Bedarf eines eigenen und eigenständigen Publikationsorgans erkannt. Dies gab es auch in anderen Bereichen: die Bezirksgruppen Osthessen und Südosthessen schlossen sich ebenfalls zu einem Polizei – Report zusammen. Die Geburtsstunde unseres Polizei Reports, dessen 40. Ausgabe wir heute in den Händen halten können, schlug im Dezember 2001. Das passende „Weihnachtsgeschenk“ für die GdP – Mitglieder, galt es und gilt es auch noch heute, kritisch und kompetent mit den Entscheidungen der Politik umzugehen. Bestes Beispiel ist die geplante Nicht-Übertragung des Tarifabschlusses auf die hessischen Beamtinnen und Beamten.



Ich habe mich bei der rückblickenden Betrachtung dafür entschieden, die erste, zehnte, zwanzigste und dreißigste Ausgabe noch mal im Blitzlicht zu beleuchten.

Im Vorwort beklagte der Vorsitzende Gerhard Rüppel die Neuorganisation der hessischen Polizei und die damit geschaffenen Strukturen sowie einzelne Personalentscheidungen. **Zitat: „Diese Landesregierung und vor allem die Spitze des Innenministeriums hat es geschafft, innerhalb der hessischen Polizei den größten Frust zu verbreiten, den es in der gesamten Nachkriegsgeschichte je gegeben hat. Erstmals sind diesmal auch weite Kreise des höheren Dienstes mit eingeschlossen. Auch dort lernt man inzwischen, dass Karriere nicht alles ist im Leben“.** Darüber hinaus wurden in der Erstausgabe die neu gegründeten Kreisgruppenstrukturen und Personalratsstrukturen den Leserinnen und Lesern nahe gebracht. Viele der damals abgebildeten Streiter für die Beschäftigteninteressen sind heute schon im wohlverdienten Ruhestand oder in Rente. Besondere Erwähnung fand das 50 jährige Jubiläumsfest der GdP Hessen, welches damals als Familienfest auf dem PTLV Gelände gefeiert werden konnte. Im Übrigen mit überwältigendem Erfolg: Mehrere tausend Besucherinnen und Besucher, sicherlich nicht alle Mitglieder, nutzten die Möglichkeiten, die die familienfreundliche GdP an diesem Geburtstag zur Verfügung stellte. **Kleiner Ausblick am Rande: In diesem Jahr, leider können wir erst in der 41. Ausgabe darüber berichten, wird die hessische GdP schon 60 Jahre alt!** Die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei, die bis dato kein eigenes Publikationsorgan im Sinne eines Polizei Reports hatte, schloss sich dem Polizei Report der neu gegründeten Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden schnellstmöglich an. Damit wurden hervorragende Voraussetzungen geschaffen, um rund 4000 Mitgliedern viermal im Jahr regionale Er-

eignisse darstellen zu können. So besteht die Redaktion heute verantwortlich auch aus Mitgliedern beider Bezirksgruppen.



Im März 2004 erschien die 10. Ausgabe des Polizei Reports. Diese Ausgabe stand im Zeichen der landesweiten Personalratswahlen, die im Mai 2004 durchgeführt wurden. Auch hier möchte ich aus dem Vorwort des Bezirksgruppenvorsitzenden Friedhelm Bender zitieren: **„...die Katze ist aus dem Sack – die PVS (Personalvermittlungsstelle) lebt. (...). Auch wenn sich die schlimmsten Befürchtungen, nämlich die betriebsbedingten Kündigungen – Stand heute – nicht bewahrheitet haben, ist und bleibt das gesamte Verfahren ein Beleg dafür, dass man Angst und Schrecken in die hessische Polizei – und somit in jede(n) einzelne(n) Kollegin / en – hineingetragen hat“.** Damals war das Zukunftsgesetz (ZSG) natürlich in aller Munde und beschäftigt die hessische Polizei - mit den durchgeführten Stellenstreichungen im Übrigen noch heute. Der Wegfall der über 300 Beamtenstellen mit der Wertigkeit nach A 10 BBO führte wenige Jahre später zu Mangelverwaltung in dieser wichtigen Besoldungsgruppe.

Der Wegfall von über 600 Tarifbeschäftigtenstellen konnte bis heu-

te nicht kompensiert werden und: Tarifbeschäftigtenstellen sind Mangelware! Heute sieht es im Bereich der Tarifbeschäftigten nicht besser aus. Die Zählstellenproblematik, welche ein Konstrukt, verhindert die so dringend notwendigen Nachbesetzungen beim Freiwerden einer Stelle. Das waren und sind die Auswirkungen der „Operation Sichere Zukunft“ der damaligen Landesregierung. Entscheidungen, die uns Polizeibesetzte heute noch lähmen und im Übrigen belasten! Alle Personalratskandidatinnen und Kandidaten der Bezirksgruppen PZBH und der Bereitschaftspolizei stellten sich darüber hinaus noch in der 10. Ausgabe den Wählerinnen und Wählern vor. Viele Kolleginnen und Kollegen von damals, die noch in zweiter oder dritter Reihen für die Personalräte kandidierten, sind heute schon die „Macherinnen und Macher“ in den Personalräten oder in den GdP - Bezirksgruppen. Es darf angemerkt werden, dass die Personalentwicklung bei den Personalräten und der GdP sicherlich in den meisten Fällen gelingt.



Auch wieder eine Parallele zur 40. Ausgabe! Damals im September 2006 titelte die 20. Ausgabe des Polizei Reports vom Sommermärchen. Gemeint war natürlich die FIFA WM 2006 in Deutschland mit dem bekannten Ausgang – die deutschen Fußballer unterlagen dem späteren Weltmeister Italien im Halbfinale und wurden WM Dritter! Im Vorwort schrieb der Bezirksgrup-

penvorsitzende Ralf Humpf auch über die Aufgabenwahrnehmung innerhalb der Polizei. **„Das breite und komplexe Spektrum der äußeren und inneren Sicherheit erfordert zwar eine spezifische Ausrichtung der Sicherheitsbehörden insgesamt, speziell der Polizei, eine unterschiedlich ausgerichtete Aufgabenwahrnehmung und –bewältigung darf jedoch nicht zu einem Konkurrenzdenken oder gar einem dementisprechenden Verhalten führen. Vor allem aber dürfen einzelne Bereiche oder Bedienstete nicht vergessen werden, nur weil sie andere Aufgaben wahrnehmen oder einen bestimmten Status haben“.** Hier wurden die Defizite durch die PVS, insbesondere durch die spürbaren fehlenden Tarifstellen verdeutlicht, aber auch der durch den damaligen Landespolizeipräsidenten eingeschlagene Kurs, der Einteilung und Bewertung der unterschiedlichen Sparten innerhalb der Polizei wurde kritisiert. Heute wissen wir, dass die „Führungskultur in der hessischen Polizei“ eine andere ist, die nicht zuletzt durch die Entscheidung des Innenministers Boris Rhein, den ehemaligen LPP abzurufen, begünstigt wurde. Ein weiteres Top Thema dieser Ausgabe war ein Jubiläum! Die hessische Polizei konnte „25 Jahre Frauen bei der hessischen Schutzpolizei“ feiern. Über sechs Seiten berichteten Frauen und Männer der ersten Stunde über die damaligen Erfahrungen und Erlebnisse, die die Einberufung der Frauen der ersten Stunde mit sich brachten. Im Übrigen wurden die ersten Frauen damals bei der Hessischen Polizeischule eingestellt. Unser Zeitzeuge von damals, Werner Larem, berichtete von den Erlebnissen.

Die 30. Ausgabe stand ganz im Zeichen der Tarifverhandlungen und dem Föderalismus. In seinem Vorwort ging Ralf Humpf auch darauf ein: **„So sind wir insbesondere auf die anstehenden Tarifverhandlungen(eine Rückkehr zur TdL erscheint aus heutiger Sicht quasi aussichtslos) sowie im Zuge des Föderalismussystems einzuleitenden Dienstrechtsreformprozess für die hessischen**



**Beschäftigten mehr als gespannt. Nachdem das Land Hessen nunmehr Fragen des Laufbahn-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts in eigener Souveränität entscheiden kann, in der Vergangenheit Reformprozesse der öffentlichen Verwaltung nur als Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verstanden wurden, ist die Sorge unter den hessischen Polizeibesetzten natürlich groß, dass die Umsetzung der Dienstrechtsreform wiederum auf Einsparungen / Kürzungen ausgerichtet ist“.** Recht sollte Ralf Humpf bei seinen geäußerten Befürchtungen rückblickend leider haben! Auch heute kämpfen wir aktuell um die inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses für die Beamtinnen und Beamten. Und Sonderopfer haben wir auch genug geleistet. Aber jetzt kommt noch eines obendrauf: wir ja die Schuldenbremse, eingeführt durch die Abstimmung bei den zurückliegenden Kommunalwahlen!

### Wie geht's weiter?

In den zurückliegenden Jahren haben viele Redaktionsmitglieder geholfen, die Inhalte für die veröffentlichten Polizei Report Ausgaben zusammenzufügen. Meist wurde dies in einem aufwendigen Verfahren, dem sogenannten „Kleben“, gemacht. Trotz Computerzeitalter wurden mehrere Stunden pro Ausgabe aufgewendet, um nach Festlegung der inhaltlichen Reihenfolge

die Artikel in die von der Redaktion vorgegebenen Spalten „einzukleben“. Es waren rückblickend gesellige Runden im Kreise der Redaktion. Heute ist dies anders geworden – die Computer unterstützen doch weitestgehend und machen die Arbeit effektiver und schneller. Auch unser Verlag ist dafür mehr als dankbar. Daher wurde die Redaktion auch zwischenzeitlich auf nunmehr drei Angehörige (nachzulesen im Impressum) neu aufgestellt.

### **Persönliche Nachlese:**

Redakteur der ersten Stunde unseres Polizei Reports war Gerhard Rüppel, seinerzeit Bezirksgruppenvorsitzender und Personalratsvorsitzender des HLKA. Zuvor hatte er auch den Polizei Report der Bezirksgruppe Wiesbaden federführend mitgestaltet. Sein Wirken reicht bis in die achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts zurück. Heute halten wir den 40. Polizei Report in den Händen. Wir konstatieren, dass Gerhard Rüppel seine redaktionellen Tätigkeiten mit Erscheinen der

zurückliegenden 39. Ausgabe eingestellt hat. **„Da ich mittlerweile großen Abstand zum täglichen Dienstgeschehen habe, macht es keinen Sinn mehr“, sagte der scheidende Redakteur und Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes anlässlich seiner Verabschiedung durch die verbleibenden amtierenden Redaktionsmitglieder im vergangenen Mai.**

Ebenso wurde die Redaktion durch die mittlerweile in Altersteilzeit getretene Kollegin Heidi Rüdiger über viele Jahre bereichert, die auch die Geschehnisse an der HPA für alle Kolleginnen und Kollegen in Wort und Bild begleitete. Auch sie stellte auf Grund des Eintritts in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ihr Redaktionsamt zur Verfügung.

Natürlich hatte in der kurzweiligen Verabschiedungsrunde, bei gutem Essen und Kaiserwetter unser Gerhard auch einige Anekdoten aus der zurückliegenden Zeit für uns parat. Selbstredend trug dies noch

zur allgemeinen Erheiterung bei. Er habe gerne „Gewerkschaftszeitung“ gemacht, um den Beschäftigten ungefiltert und ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen sozusagen „reinen Wein“ einzuschenken.

Wir, die Redaktion, danken an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die uns Artikel und Bilder in den zurückliegenden zehn Jahren zugesendet haben.

Allen ehemaligen Mitgliedern der Redaktion und Zuarbeitern in den letzten zehn Jahren sei ebenfalls herzlich gedankt. Ohne euch alle hätten wir es nicht geschafft, die interessanten Mitgliederinformationen heute zum 40. Mal veröffentlichen zu können.

Ein besonderer Dank geht an Heinrich R. Jud, der als Verleger des Polizei Reports die ersten „Geburtswehen“ mitgetragen hat und überhaupt das Erscheinen dieses Polizei Reports der Bezirksgruppen PZBH und HBP erst ermöglichte.

JM

## **Zentrale Vereidigungsfeier der Polizei auf dem 50. Hessentag in Oberursel**



Zum Zeitpunkt der Vereidigung befand sich der letzte Polizeireport bereits im Druck. Wir wollen es jedoch nicht versäumen, unsere angehenden Kolleginnen und Kollegen in dieser Ausgabe zu begrüßen. Bei hervorragendem Wetter, im letz-

ten Jahr regnete es bekanntlich in Strömen, sowie toller Organisation durch die verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei, wurde die diesjährige Vereidigung auf dem Jubiläumshessentag im „Rush-

moorpark“ unter freiem Himmel durchgeführt. Viele Angehörige, Eltern, Freunde und Bekannte hatten sich aufgemacht, um dieses feierliche Ereignis mit erleben zu können. Alle amtierenden Behördenleiter und weitestgehend alle ihre Vertreter erwiesen mit ihrer Anwesenheit den angehenden Kolleginnen und Kollegen ihren Respekt und ihre Anerkennung. Im Leben eines Polizeibeamten findet nämlich nur einmal eine Vereidigung statt. Das Prozedere, welches eigentlich in jedem Jahr protokollarisch dem Vorjahr gleicht, war in diesem Jahr etwas anders. Das Landespolizeiorchester begrüßte die Anwesenden mit einem zackigen Marsch. Der hessische Innenminister und damit oberster Dienstherr ließ es sich nicht nehmen, die Vereidigungszeremonie selbst durchzuführen und den 550 angehenden Beamtinnen und Beamten „den Eid auf die Verfassung“ abzunehmen. Zuvor war dies immer dem Präsidenten der Einstel-

lungsbehörde vergönnt. Die Aufgabenwahrnehmung der Einstellungsbehörde bei der hessischen Polizei wurde zum 1. Juni 2011 an die Hessische Polizeiakademie übertragen, die in diesem Jahr im September übrigens ihr sechzig jähriges Bestehen feiern wird. Ministerpräsident Volker Bouffier hatte in seiner Festansprache in gewohnter Manier vorgetragen, was ihm gerade als ehemaligem und langjährigen Innenminister nicht schwer fiel. Dabei wies er auf die Herausforderungen und auch die Gefahren, die der Polizeiberuf nun mal mit sich bringt, deutlich hin. Was am Rande noch

festgestellt werden konnte war die Tatsache, dass einige Väter ihren Kindern den Polizeiberuf empfohlen hatten.



**Zwei Generationen**

So ist es zu erklären, dass viele stolze und „altgediente Schutzleute“

ihren an diesem Tag zu vereidigenden „Nachwuchs“ begleiteten.

Wir, die größte Berufsvertretung für die hessischen Polizeibeschäftigten freuen uns auf ein Miteinander mit den „frisch“ vereidigten Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst. So schließe ich am Ende mit einem Zitat eines Kollegen: „Hoffentlich sehen wir alle (gemeint waren die 550 frisch vereidigten) bald in den Dienstgruppen und den Kommissariaten wieder! Dort werden sie gebraucht!“

Dem ist nichts hinzuzufügen. JM

## Hessische GdP erstmals auf dem Hessentag in der Landesausstellung vertreten

Der 50. Hessentag wurde in diesem Jahr in Oberursel gefeiert. Grund genug auch für die Gewerkschaft der Polizei, erstmals in der Landesausstellung einen Informationsstand, in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, am ersten Hessentagswochenende zu betreiben. Freiwillige Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der hessischen GdP waren schnell gefunden, die sich der Idee gerne angeschlossen haben.



**Helfende Hände**

Der DGB ist in jedem Jahr anlässlich der Hessentage mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in der Landesausstellung mit einem Stand vertreten. So hatte die GdP am ersten Wochenende des 50. Hessentages die Gelegenheit, über die Gesamtkapazität des Informations-

standes von knapp 25 Quadratmetern uneingeschränkt verfügen zu können. Dabei durften natürlich auch die themenbezogenen Plakate und Informationsbroschüren aus dem polizeilichen Alltag nicht fehlen. Die ausgelegten und kostenlosen Fachbroschüren waren im Übrigen der Renner bei vielen Hessentagsbesuchern am GdP Stand. Die Broschüren Häusliche Gewalt, Kinder- und Jugendkriminalität, Gewalt an Schulen, Drogenkriminalität und Sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen waren sozusagen die „Renner“ und fanden reißenden Absatz. Auch die Hessische Polizei-stiftung partizipierte vom Informationsstand der GdP. Uns wurde eigens ein Bereich zur Verfügung gestellt, wo wir in vielen Gesprächen mit unzähligen Interessierten Besucherinnen und Besuchern der Landesausstellung über die Aufgaben und Ziele der Hessischen Polizei-stiftung sprechen konnten. Entsprechende Informationsbroschüren wurden verteilt und Give-Aways der Polizei-stiftung wurden gleichermaßen gerne mitgenommen. Die Gewerkschaft der Polizei unterstützte uns zudem, indem wir die GdP – Kindermalbücher verteilen konnten. Diese wurden unentgeltlich an hunderte Kinder verschenkt - auch zur Freude der Eltern natürlich. Und um das besondere Wirken der Hessischen Polizei-stiftung noch spürbar zu unterstützen, hatte der Bezirks-

gruppenvorsitzende der GdP Bezirksgruppe Westhessen, Peter Wittig, eine besondere Idee zur Umsetzung gebracht. An unserem GdP- Stand wurden kleine Werbegeschenke zu Gunsten der Hessischen Polizei-stiftung gegen einen Spendenbetrag verkauft. So kamen am Samstagabend insgesamt 300.- Euro für die gute Sache zusammen. Das Geld für den guten Zweck wurde am Samstagabend vom GdP Bezirksgruppenchef an den Vorsitzenden der Hessischen Polizei-stiftung übergeben. In der Landesausstellung präsentierten sich auch alle im Hessischen Landtag vertretenen



**Spendenübergabe**



Parteien. Hier konnten am Tag der Vereidigung des hessischen Polizeinachwuchses die GdP'ler in Gesprächen bei anwesenden Abgeordneten des Hessischen Landtages der Fraktionen für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die hessischen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie den Versorgungsempfängern, werben.

Pikanterie am Rande: einige Abgeordnete waren über die Proteste der GdP erstaunt und haben daraufhin spontan zugesagt, im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens, seit Anfang Juni 2011 liegt ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen diesbezüglich vor, der eine nicht zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten vorsieht zu unterstützen. Die GdP Vertreter ließen bei ihren

Gesprächen mit den Politikern keinen Zweifel daran, dass die besondere Situation der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu berücksichtigen sei. Wir werden spätestens in der öffentlichen Anhörung im August im Hessischen Landtag zum vorgelegten Gesetzentwurf der CDU / FDP Fraktion dazu mehr erfahren. Nehmen wir die politisch Verantwortlichen beim Wort!  
JM

## Im Europaviertel wurde bereits zum dritten Mal gefeiert!

### Das PTLV stellte erneut seine „Gud Stubb“ zur Verfügung

Bereits zum dritten Mal verwandelte sich das Gelände des PTLV, die Gud Stubb, am 28. Mai 2011 zu einem Platz der Begegnung. Anwohnerinnen und Anwohner, Angehörige der im Europaviertel ansässigen Behörden, Firmen und Vereine und natürlich auch Beschäftigte des PTLV kamen zum Stadtteilfest zusammen.

Bei sonnigem Wetter wurden die Besucher mit einem kurzweiligen und abwechslungsreichen Programm unterhalten. Die Big Band der Wiesbadener Musik- und Kunstschule „Big Noise“ machte den Anfang und heizte bereits zur Mittagszeit den großen und kleinen Besucherinnen und Besuchern kräftig ein. Es folgten Gesangs-, Tanz- und Trommeldarbietungen der verschiedenen Kindertagesstätten sowie eine eigene Interpretation des Stücks „Der zerbrochene Krug“, dargeboten von Schülerinnen und Schülern der Kleist-Schule.



**Ehregäste**

Die Band „Best Age“ sorgte dann bis in die Abendstunden für „gute Laune und wippende Füße“ bei den Gästen – darunter auch durchaus prominente Gesichter, wie Frau



**Buntes Treiben**

MdB und Bundesministerin a. D. Heidemarie Wieczorek-Zeul und Herrn MdL Ernst-Ewald Roth. Viele Kinder erfreuten sich an einer bereitgestellten Kletterwand, farbenfroh bemalten Gesichtern und dem Fahrradparcour. So konnten auch die Eltern für einige Zeit entspannen und der Nachwuchs konnte sich sprichwörtlich „austoben“. Doch das Highlight war für die meisten Kids ein gefertigter Button, der die jeweilige Trägerin / den jeweiligen Träger auf einem echten Polizeimotorrad zeigt. Wann hat man schon einmal die Gelegenheit, ein Bild von der Polizei und auch noch „kostenlos“ zu erhalten, schmunzelten viele Besucher an dieser Station.

Das leibliche Wohl durfte bei dem abwechslungsreichen Programm nicht zu kurz kommen und so wur-

den auch durstige und hungrige Gäste durch mehrere Organisationen, darunter auch der Stand des Personalrates des PTLV, versorgt. Hier gab es Getränke, bevor man sich beim Essen zwischen den „Burgern“ der Wiesbaden Phantoms oder den „Bratwürsten“ des 3. Polizeiviertels entscheiden musste. Manch einem fiel die Entscheidung leicht – so wurde einfach beiden Ständen ein Besuch abgestattet.

Wir freuen uns schon heute auf das nächste Europaviertelfest. Den Termin können sich Interessierte bereits vormerken: 26.05.2012.

Katrin Kuhl/Mark Weber

# Erstes Kinder- und Familienfest in der Mudra

Am Freitag, 27. Mai 2011 fand auf dem Gelände der Mudra (I. BPA) in Mainz-Kastel ein Kinder- und Familienfest statt. Da insbesondere bei der Hessischen Bereitschaftspolizei viele junge Väter und Mütter Dienst verrichten, bot sich dieses Fest nahezu an. Im Zeitraum von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr waren alle Angehörigen der Abteilung mit ihren Familien herzlich eingeladen. Im Vorfeld wurden diesbezüglich sogar E-Mails an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesendet, um auch entsprechend der erfolgten Anmeldungen gerüstet zu sein.

Mit großem persönlichem Engagement boten die Ausrichter ein vielfältiges Programm, bei dem besonders die Kinder ihren Spaß hatten. Sozusagen haben die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei „ihr Herz für Kinder“ bei dem bunten Angebot auch mal in der eigenen Dienststelle darstellen können. Mithin sind die Kolleginnen und Kollegen der Hessischen Bereitschaftspolizei ja Handlungsreisende bei den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der hessischen Polizeidienststellen

und stets ein Anziehungspunkt „junger (und auch alter) Polizeifans“.



**Spiel und Spass**

Sei es beim Springen auf der Hüpfburg, der Schatzsuche mit Metallsuchgeräten, dem Zielschießen mit Wasserstrahlrohren oder dem Stapeln von Getränkekisten. Auch die großen Sonderfahrzeuge konnten bewundert werden. Die Teilnahme der Kinder an einer „Olympiade“ wurde selbstverständlich mit Preisen für alle Kids belohnt, die unter anderem natürlich auch von der GdP-Kreisgruppe Mudra gesponsert wurden.

Mit einem durch Spenden errichteten reichhaltigen Kuchenbuffet sowie einem herzlich zubereiteten Erbseneintopf mit Würstchen war auch für das leibliche Wohl aller Besucherinnen und Besucher des Festes bestens gesorgt.

Unsere beiden Abteilungsleiter in der I. BPA, Dieter Schulz und Thomas Schmidl, öffneten ihre Privatschatullen und überraschten alle Eisfreunde damit, dass gegen 15:00 Uhr ein Eiswagen in der Abteilung eintraf und kostenlos Eis verteilte. Ein feiner Zug der beiden Führungskräfte!

Die Resonanz auf das Familienfest war durchgehend positiv. Davon hat sich auch unser HPR Vorsitzender Jens Mohrherr überzeugen können, der ebenfalls die Gelegenheit zu einem Besuch nutzte. Alle, Besucherinnen und Besucher, Ausrichter, Kolleginnen und Kollegen waren sich darüber einig, dass auch im nächsten Jahr ein Familienfest durchgeführt werden sollte. Apropos: die Kinder brauchen davon ohnehin keiner mehr überzeugen – die hatten ihren Spaß!

V. Müller; KG Mudra

## Bereitschaftspolizei weiter in der Reform?

### Boris Rhein besucht Landesreiterstaffel

Die Reform der BePo war mit Beginn des Jahres 2011 faktisch abgeschlossen. Alle glaubten, dass es unserer stark gefledderten Behörde „nun“ gegönnt wäre, in den nächsten Jahren Luft zu holen und sich in der neuen, vorgegebenen Ausrichtung zu orientieren.

Weit gefehlt – die Schuldenbremse lässt grüssen!!! Vor dem Hintergrund von vorgegebenen Einsparungsmaßnahmen im Haushalt des Innenministeriums in Höhe von 50 Millionen Euro gibt es nun Prüfaufträge im Sinne von Einsparmaßnahmen für die Hessische Wasserschutzpolizei, die Landesreiterstaffel und das Landespolizeiorchester.

Bislang wurde lediglich für die Belange der Landesreiterstaffel eine



**Minister Rhein bei der Reiterstaffel**

Arbeitsgruppe unter Leitung von LPP 1 eingerichtet.

Für die Bereiche der Hessischen Wasserschutzpolizei und des Landespolizeiorchesters erfolgten bislang nur überregionale Gespräche auf Ebene des Ministeriums mit Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg, um Gemeinsamkeiten zur beidseitigen Kostendämpfung zu suchen.

Am 27. Juni 2011 besuchte unser Innenminister Boris Rhein in Begleitung von IdP Jürgen Diehl die Landesreiterstaffel Hessen in Frankfurt-Sachsenhausen, um die Kolleginnen und Kollegen über die Hintergründe einer möglichen Veränderung zu informieren und um sich die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen anzuhören. Selbstverständlich waren unser Prä-

sident Hans Langecker und Vertreter des Personalrates mit dabei.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Leiter der Reiterstaffel Kurt Groll erläuterte Boris Rhein die gegenwärtige Situation. So gab er bekannt, dass durch das Finanzministerium ein vorgegebener Einsparrahmen in Höhe von 50 Millionen Euro für den Bereich des Innenressorts vorgegeben sei. Die hohen Kosten für die Liegenschaftserhaltung der Reiterstaffel, welche unter anderem über Jahre auch auf Grund von nicht durchgeführten Baumaßnahmen entstanden sind, können nun nicht mehr aufgefangen werden. Um hier dennoch eine praktikable Lösung für den Erhalt der Reiterstaffel zu finden, wurde unter Federführung des LPP 1 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der ein Vertreter der Reiterstaffel und

eine Vertreterin des Personalrates mit eingebunden werden. Innenminister Rhein sicherte der Reiterstaffel deren Fortbestand im Raum Frankfurt sowie den vollen Erhalt des zugestandenen Personals zu. Im Anschluss an einen regen Gedankenaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen der Landesreiterstaffel konnten sich der Innenminister und der Inspekteur sowie die weiteren Gäste anhand eines Einsatzvideos vom effizienten Einsatz der Dienstpferde bei gewalttätigen Ausschreitungen überzeugen.

Nach einem anschließenden Rundgang auf dem Gelände der Reiterstaffel verabschiedeten sich

Innenminister und Inspekteur beeindruckt und mit Worten des Dankes für die gute Arbeit.

Roland Kramer  
BZG Bereitschaftspolizei

## Sport- und Sommerfest der HfPV und der II. BPA Lich GdP unterstützt gemeinsames Event

Ende Juni trafen sich mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen HfPV, der dortigen Abteilung in Gießen, der II. BPA in Lich zu einem gemeinschaftlichen Sport- und Sommerfest. Auf dem bestens präparierten Sportplatz wurden die Kolleginnen und Kollegen vom Leiter des Abteilungsstabes der II. BPA, unserem GdP Mitglied Wolfgang Stächer und Polizeidirektor Müller von der Giessemer Abteilung der HfPV begrüßt. Auf dem sportlichen Spielplan standen ein Fußball- und ein Volleyballturnier. Letzteres wurde in der Sporthalle der Licher Abteilung ausgetragen.



**Packende Spiele**

Spannende Spiele im Fußball und beim Volleyballturnier begeisterten die zahlreichen Zuschauer.

Am Ende siegten beim Fußballturnier die Sportler der Studiengruppe 2-08-P 01, gefolgt vom Vizemeister der BFE 28. Beim Volleyball gingen die Dozenten der HfPV vor der abermals unterlegenen BFE 28 als Sieger hervor. Während des Turniers konnten die Gäste ihre Fähigkeiten bei einer in Deutschland noch als Randsportart geltenden Sportart versuchen: Ingo Hoffmann hatte einen Baseballkäfig mit Ballmaschine aufgebaut.

Darüber hinaus hatte die Kreisgruppe Lich den Werbebus der OSG geordert, hier informierten sich ebenfalls viele Kolleginnen und Kollegen über das Angebot. Die Siegerehrung wurde vom Leiter der II. BPA und GdP Mitglied, Jürgen Kapp vorgenommen.

Die Sachpreise wurden vom Kreisgruppenvorsitzenden der GdP Kreisgruppe Bepo Lich, Peter Tilger, an die Sieger und Platzierten übergeben. Die Getränke während des Turniers sowie den Kaffee für diesen sportlichen Tag wurden von Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei sowie den Kreisgruppen BePo Lich und Gießen gesponsert.



**Dialoge am Abend**

Beim anschließenden Sommerfest im Limescamp, mit zahlreichen Attraktionen, wie Live-Übertragung des WM Damenfußballspiels Deutschland - Nigeria, DJ, Cocktailstand, Pizzawagen, Würstchenwagen sowie einer großen Getränkekeke saßen die Kolleginnen und Kollegen noch lange gemütlich zusammen. Alle Beteiligten waren sich zum Schluss des Festes einig, dass diese Veranstaltung weiterhin fester Bestandteil des jährlichen Veranstaltungsreigens sein wird.

Fazit: die Gewerkschaft der Polizei unterstützt das gemeinsame Miteinander von Kolleginnen und Kollegen in der hessischen Polizei. GdP: ein für Alle!

Peter Tilger, KG BePo Lich

# Gerhard Kastl wurde 80 Jahre alt



Einige dienstliche Stationen charakterisieren das bereits seit 20 Jahren ruhende Berufsleben: der Leitende Polizeidirektor a. D. und ehemalige stellvertretende Leiter der Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei wurde am 31. Mai 80 Jahre alt. Geboren 1931, Anwärter im PAL 13, Streifenbeamter der PVB Butzbach, Musiker im HPO, 1962

Zugführer, 1963 Sachgebietsleiter EO und P bei der DHBP, stellvertretender Abteilungsleiter in Hanau und Mainz – Kastel, Vertreter von 1972 bis 1991 bei fünf Direktoren der HBP.

Innerhalb der Gewerkschaft der Polizei hatte in der Vergangenheit Gerhard Kastl viele Ämter und

Funktionen übernommen. Dabei hatte er auch den Vorsitz des Landesjugendsprechers inne. Als Autor steht er seiner GdP gerne zur Verfügung. Immer dann, wenn es nötig ist, legt er mit seinen teils spitzfindigen Artikeln den Finger in die Wunde.

Am 31. Mai 2011 hatten der Jubilar und seine Familie in sein Wohnhaus in die Ludwig – Wolker – Straße geladen. Dieser Einladung bin ich gerne gefolgt. Sehr zur Freude des Jubilars konnten auch zahlreiche Gäste an diesem Tag im Hause Kastl begrüßt werden.

So hatten u.a. auch der stellvertretende Personalratsvorsitzende der HBP, Valentin Müller und der Präsident der HBP, Hans Langecker Zeit gefunden, persönlich zu gratulieren. Viel Zeit blieb an einem solchen Ehrentag natürlich nicht, um das eine oder andere Thema zu besprechen. Wir haben vereinbart, dass wir dies gerne bei nächster Gelegenheit nachholen werden.

Jens Mohrherr

## Personalratswahlen 2012 im Fokus

### Bezirksdelegiertentag am 27. 10. 2011

Die nächsten Personalratswahlen für die hessische Polizei werfen ihre Schatten voraus. Die GdP - Kreis- und Bezirksgruppen und der Landesvorstand haben die Vorbereitungen zu den Personalratswahlen, die vom 21. bis zum 25. Mai 2012 stattfinden werden, bereits auf ihren Tagesordnungen.

Gewählt werden die Mandate der Vertreterinnen und Vertreter in den Personalratsgremien der jeweiligen personalbewirtschaftenden Behörden. Hinzu kommen die Wahlen zum Hauptpersonalrat bei der hessischen Polizei.

Alle Mitglieder der Kreisgruppen sollen in den Jahreshauptversammlungen die Gelegenheit erhalten, entsprechende Mandatsträger zu wählen. Die Bezirksgruppen führen dann zur gemeinsamen Aufstellung der Kandidatenlisten einen Dele-

giertentag durch. Sie wählen dann auch Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat der hessischen Polizei.



Der Delegiertentag der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei findet am 27. Oktober 2011 im Hotel am

Landgrafenteich in Bad Salzhausen bei Nidda statt. Teilnehmen werden alle Delegierten, die im bereits November 2010 beim Ordentlichen Delegiertentag in Nidda ihren Vorstand gewählt haben sowie der Vorstand der Bezirksgruppe und natürlich einige Gäste.

Durch die Neuorganisation der Bereitschaftspolizei, bei der neben einer Vielzahl von Versetzungen in den Einzeldienst und vor allem die Aufgabe der Einstellungsbehörde mit 1424 Polizeikommissar-Anwärterstellen und 227 Kriminalkommissaranwärterstellen zur Hessischen Polizeiakademie verlagert wurde, verfügt das Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium mit den Organisationen der Wasserschutzpolizei, der Polizeihubschrauberstaffel, der Polizeireiterstaffel und dem Landespolizeiorchester nun über insgesamt 1362 Wahlbe-

rechtigte, davon nur noch 152 Tarifbeschäftigte. Das im Mai 2012 zu wählende Personalratsgremium wird also nach derzeitigen Schätzungen über 13 Mandate verfügen (2 Mandate für die Tarifbeschäftigten und 11 Mandate für die Gruppe Beamte). Zwei weniger wie in der noch laufenden Legislaturperiode. Der Hauptpersonalrat wird vermutlich wieder über 17 Mandate verfügen können. Die Vorbereitungen für den „Außerordentlichen Delegiertentag“ am 27. Oktober 2011 in Bad Salzhausen sind in vollem Gange.

Neben dem Geschäfts- und Kas- senbericht, einigen Ergänzungswahlen für den BZG- Vorstand, dem Sachstand der Delegiertenanträge, stehen auch die Abstimmungen und Wahlen der Kandidatenlisten für die Personalratswahl im Vordergrund. Die Delegierten der Bezirksgruppe können sich auch auf einen Bericht des Landevorsitzenden oder seines Vertreters Lothar Hölzgen freuen;



### Die GdP ist bunt!

beide sind eingeladen. Sie werden sicher auch vom Festakt anlässlich des 60 jährigen Bestehens des GdP-Landesbezirk Hessens berichten können, der am 20. Oktober im Frankfurter Römer stattfinden wird.

Abschließend sei gerne daran erinnert, dass sich die Behördenleitung der Dienststelle, das Personalratsgremium und die Beauftragten der Gewerkschaften gemäß § 60 HPVG verpflichten, sich gemeinsam für das Wohl der Beschäftigten im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit einzusetzen. Im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen und für eine eigenständig funktionierende Bereitschaftspolizei mit klarer Aufgabenstellung würden wir uns wünschen, dass wir uns auch für die neue Legislaturperiode von 2012 bis 2016 wieder gemeinsam kritisch und konstruktiv um alle personellen und organisatorischen Angelegenheiten kümmern und um Lösungen in Streitfragen bemühen. Das sollte mit unseren erfahrenen Personalratsvertretern aus den Reihen der GdP-Kreisgruppen, die wir beim Delegiertentag wählen wollen, auch gemeinsam gelingen.

Detlef Otto, BZG HBP

## Politiker verlieren weiter an Ansehen

Das Vertrauen der Bundesbürger in ihre Politiker schwindet laut einer Umfrage weiter. Auch ist dies in den zurückliegenden letzten Landtagswahlen und Kommunalwahl, Bürger- und Oberbürgermeisterwahlen in der Mehrzahl an Hand der Wahlbeteiligung sicherlich her leitbar. So sollen derzeit nur noch 9 Prozent der Menschen den Parlamentariern und Regierungsmitgliedern vertrauen.

Im letzten Jahr habe der Anteil noch bei 14 Prozent gelegen, geht aus einer Mitte Juni 2011 veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hervor.

Berufsgruppen mit besonders großem Vertrauen sind:

- 1 Feuerwehrleute (98 Prozent),
- 1 Ärzte (89 Prozent),
- 1 Postangestellte (86 Prozent),
- 1 Polizisten (85 Prozent)
- 1 und Lehrer (84 Prozent).

Das geht aus dem alljährlich ermittelten GfK-Vertrauensindex her-

vor. Die Gesellschaft befragte dazu im März und April knapp 20 000 Menschen in 18 Ländern, in Deutschland wurden rund 2000 Bürgerinnen und Bürger befragt. Als Grund für das weiter sinkende Ansehen der Politiker sehen die Marktforscher u.a. folgende Tatsachen:

- 1 eine schwankende Politik der Bundesregierung in Sachen Atomkraft,
- 1 Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21.

Auch die Skandale um abge- schriebene Doktorarbeiten spielten eine Rolle. „Die Bevölkerung empfindet anscheinend die Ausstiegsentscheidung der Politiker als nicht authentisch“, sagte der Präsident der GfK in einem Interview u.a. dazu.

Aber auch Umweltschutzorgani- sationen haben an Vertrauen verloren. Diese genießen zwar mit 69 Prozent immer noch großes Ansehen, im Vergleich zum Vorjahr büßten Umweltschützer aber sieben

Prozentpunkte ein. Viele Bundesbürger zweifelten anscheinend am Erfolg der Organisationen.

Das Image von Bankern leidet anscheinend immer noch unter den Auswirkungen der Finanzkrise. 57 Prozent der Deutschen schenken den Bankern Vertrauen. Leicht verbessert hat sich, wenn auch auf niedrigem Niveau, das Image der Manager. Die Bundesbürger stufen 20 Prozent als vertrauenswürdig ein - nach 17 Prozent im Vorjahr.

Vergleichsweise geringes Ansehen genießen auch Werbefachleute (33 Prozent), Marketingfachleute (38 Prozent) und Journalisten (44 Prozent). Die Reputation des Klerus hat sich nach den Missbrauchsfällen im Vergleich zum Vorjahr leicht erholt: Pfarrer und Priester halten 56 Prozent der Deutschen für vertrauenswürdig - nach 55 Prozent im Vorjahr (Quelle dpa)

JM

# Perspektivlosigkeit:

## Steht die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im HBPP vor dem aus?



**Verabschiedung Ralph Köthe**

Mit dem 01. August 2011 wurden wieder viele junge Kolleginnen und Kollegen von der Bereitschaftspolizei in den polizeilichen Einzeldienst versetzt. Das ist auch gut so, dort sollen diese auch hin, im Übrigen entspricht dies auch dem Personal-konzept der Hessischen Polizei.

Für die Hessische Bereitschaftspolizei stelle ich seit Abschluss der Reformmaßnahmen fest, dass innerhalb unserer BePo ein Stellenklau (auch durch Personalabwerbungen anderer Behörden) festzustellen ist. Darüber hinaus ist unsere Behörde stellentechnisch so schlecht aufgestellt, das wir in keinen direkten Vergleich mit einem anderen personalbewirtschaftenden Bereich innerhalb der hessischen Polizei treten können.

Dies führt dazu, dass unsere Leistungsträger abwandern und ihr Heil dort suchen, wo ihnen Perspektiven geboten werden. Viele solcher Leistungsträger haben uns in den letzten Jahren verlassen.

Gestattet sei mir stellvertretend für viele abgewanderte Kolleginnen und Kollegen einen Kollegen aus dem Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben, der sich als Spezialist seines Faches ausgezeichnet hat. Ralph Köthe begann im Februar 2005 sein Studi-

um. Im Februar 2008 hatte er dieses mit hervorragenden Leistungen abgeschlossen. Nach seiner Zuweisung zur I. BPA - Mudra versah er seinen Dienst in der Einsatz Einheit 11. Wegen seiner besonderen Neigungen und Fähigkeiten im Umgang mit dem PC und anderen Printmedien wurde er am 20.04.09 zur Dienstverrichtung ins Präsidium, Sachgebiet PÖA, geholt.

Hier war er im PÖA- Team ein wertvoller Mitarbeiter, der sich bei der Einsatzbegleitung unserer Kolleginnen und Kollegen auch in andere Bundesländer, der Ausrichtung und Organisation der Hessentage, der Gestaltung der Zeitschrift „BePo Intern“ – diese wurde jetzt leider auf Grund von Personalmangel eingestellt -, sowie vielfältiger interner Veranstaltungen des HBP, auch der professionellen Organisation unserer Personalversammlungen hervorgetan hat.

Gefangen und geknebelt in dem „Reformkonzept BePo“ konnten wir Ralph Köthe, wie auch sicherlich viele andere Kolleginnen und Kollegen, die uns mit einem „weinenden Auge“ verlassen haben, keine Perspektive bieten.

Hier scheiterte es an einer Stellenzuweisung für den Kollegen, viele andere wollten mit Blick auf Beförderungen einfach nur eine Perspektive aufgezeigt bekommen.

Dies scheint in unserer Behörde nicht möglich zu sein. Für mich ist es unerträglich, mit ansehen zu müssen, dass wir Kolleginnen und Kollegen gehen lassen, deren Know-how wir in unserer Behörde dringend benötigen. Unser Kollege Ralph Köthe wird seinen Weg nicht nur suchen sondern auch sicherlich machen!

Er ist nun zum PP Frankfurt versetzt. Das haben ihm mit einem persönlichen Dank der Bezirksgruppenvorsitzende Detlef Otto und der Personalratsvorsitzende Roland Kramer gewünscht und ihn mit einem kleinen Geschenk verabschiedet.

Roland Kramer  
BZG Bereitschaftspolizei

# Die Landesregierung und die Schuldenbremse zeigen ihr wahres Gesicht

## Neues Hessisches Beihilferecht soll Einnahmen in den Haushalt bringen

30 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr, das ist das prognostizierte Ziel der Landesregierung in Hessen, wenn die neue Beihilfenverordnung zum 01. Januar 2012 in Kraft tritt.

Wir erinnern uns natürlich zurück in den September 2004, als unser Ministerpräsident Roland Koch noch großspurig verkündete, dass es mit ihm keine Veränderungen in der hessischen Beihilfe geben werde.

Nun scheint dies unter dem neuen Ministerpräsidenten Volker Bouffier anders zu sein. Die Frage stellt sich nun, wer denn der Auslöser dieser Spargedanken zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist.

Nein, natürlich nicht Herr Bouffier, er würde dies unseren Kolleginnen und Kollegen niemals antun wollen, hat er sich doch zu einem hessischen Charakterkopf mit viel Charme und Sinn für die soziale Gerechtigkeit verändert. So ist zumindest sein Selbstbild als hessischer Regierungschef.

Nun muss dann halt wieder einmal der Finanzminister und die böse Schuldenbremse herhalten, wenn man unseren Beschäftigten sehr tief in die Geldbeutel greifen will.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach macht sich die Politik das also. Ihr seid selbst die Schuldigen dafür, ihr seid das Volk und habt schließlich die Schuldenbremse in die Verfassung gebracht.

Aber zurück zur Sache, denn diesmal reden wir nicht über Kleinigkeiten oder Peanuts, wie ein vermeintlich cleverer Banker das mal bezeichnete.

Nein, diesmal soll es euch brutal an den Kragen gehen, oder besser gesagt, in den Geldbeutel.

Die Landesregierung lebt den Föderalismus und sorgt für Veränderungen. Aber sie sorgt leider dafür,

dass dies immer wieder zu Lasten unserer Beschäftigten geht.

Mit den nun anstehenden Änderungen der Beihilfezuwendungen in Hessen werden vor allem Familien mit Kindern die Bestraften sein.

Es ist schon schwer begreiflich, wenn wir eine Diskussion darüber führen, warum in Deutschland immer weniger Kinder zur Welt kommen und sich gerade im Polizeibereich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr schwer umsetzen lässt.

Hier ist nun eine neuerliche Antwort der politisch Verantwortlichen erkennbar, sie machen es den Familien der Polizistinnen und Polizisten und Beschäftigten in der Polizeifamilie wahrlich nicht leicht.

Wenn man zukünftig von den Beschäftigten verlangt, dass sie nahezu ein Drittel ihres Gehalts dafür verwenden müssen, um eine 100-prozentige Krankheitsabsicherung zu haben, dann stimmt etwas im System dieser Regierung nicht.

Unter allen Kürzungen der vergangenen Jahre, der Abkopplung von der Einkommensentwicklung und den unsäglichen Erhöhungen der Wochen- und Lebensarbeitszeiten werden sie nun auch noch in der Gesundheitsvorsorge zur Melkkuh der Nation.

Der Vorordnungsgeber beschreibt die Notwendigkeit der Änderungen unter anderem mit einer Verwaltungsvereinfachung im Abrechnungsverfahren. Fachleute haben uns dies aber bereits sachlich widerlegt. Wenn man beispielhaft die Mindestantragssumme auf 50 Euro senkt, muss man wissen, dass es mehr Anträge geben wird. Jeder Antrag für sich muss aber zunächst bezüglich der sogenannten Kopfdaten komplett überprüft werden. Von einer Vereinfachung kann daher nicht gesprochen werden. Im Übrigen leidet auch die Personalausstattung der Beihilfestelle unter dem

Abbau von Stellen, mehr werden jedenfalls absehbar nicht zur Verfügung stehen.

Die wesentlichsten Änderungen der neuen Verordnung haben dann erhebliche Auswirkungen auf den Geldbeutel:

- | Streichung der Sachleistungsbeihilfe bei freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherungen
- | Streichung der Beihilfe für die Arbeiter und Angestellten
- | Erhebliche Senkungen der Bemessungssätze für aktive Beamte
- | 15-prozentige Kürzung für stationäre Aufwendungen
- | Kürzung der Sätze für Material- und Laborkosten bei Zahnbehandlungen auf 50 %

Erhebliche Auswirkungen haben diese Änderungen für die aktiven Beamtinnen und Beamten. Durch die Reduzierung der Bemessungssätze müssen sich die Betroffenen zur Absicherung von sich selbst und der Familie bei den Krankenkassen nachversichern. Diese Anpassungen werden folglich zu einem erheblich höheren Monatsbeitrag führen, der insbesondere die Kolleginnen und Kollegen mit Kindern treffen wird.

Auch der Polizeibeamte in den unteren Gehaltsgruppen möchte natürlich in seinem gefahrengeheiligten Beruf zu 100% krankenversichert sein. Dies führt dann dazu, dass er ein Viertel seines Gehalts aufwenden muss, um diese Absicherung zu erreichen.

Auch die Verschleierungstaktik in der Erhöhung der Beihilfesätze für Kinder auf 80% führt nicht zu Erleichterungen bei den Betroffenen, wenn man eindenkt, dass die Versicherungsbeiträge für die Kinder im Verhältnis recht gering ausfallen.

Bei unseren Pensionär/innen bleibt es grundsätzlich bei den alten

Regelungen, aber auch sie trifft die 15-prozentige Kürzung bei stationären Aufenthalten.

### Überblick der wesentlichen Änderungen:

Beihilfeberechtigung	heute	künftig	es fehlen
Beihilfeberechtigte(r) ledig für stationäre Aufwendungen	65%	50%	15%
Ehefrau des Beihilfeberechtigten ohne Kinder für stationäre Aufwendungen	70%	50%	20%
Beihilfeberechtigte(r) verheiratet mit zwei Kindern für ambulante Aufwendungen	65%	50%	15%
dto. für stationäre Aufwendungen	80%	50%	30%
Versorgungsempfänger verheiratet für stat. Aufwendungen	80%	70%	10%

Natürlich sind diese Ausführungen nicht abschließend. Eine Berechnung muss individuell auf die Berechtigungsvoraussetzungen erstellt werden.

Wir als GdP stellen euch hierfür ein Musterschreiben für eure Versicherer zur Verfügung, damit ihr einen zeitnahen Überblick erhaltet, was auf jeden Einzelnen zukommt,

wenn die neue Verordnung so in Kraft tritt.

Eines scheint aber unausweichlich zu sein. Jeder Polizeibeschäftigte wird sich bei seiner Krankenkasse nachversichern müssen, damit er in diesem gefährlichen Beruf eine 100-prozentige Absicherung erhält.

Dies ist ein weiteres Zeichen der Landesregierung, welche Wert-

schätzung man seinen Polizeibeschäftigten erteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Polizei ist mehr wert, und es ist eine weitere Unverschämtheit dieser Landesregierung im Umgang mit den Menschen, die für die Sicherheit in unserem Lande den Kopf hinhalten müssen.

Peter Wittig

## „Eine Handvoll Nazis“ legt Gießen lahm

### Kehraus bei der Hessischen Polizei am 16. Juli 2011



Naziaufzug in Gießen

„Das System ist am Ende – Wir sind die Wende“, unter dieses Motto hatte der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD-Hessen, Daniel Knebel seine Demo am Samstag, den 16. Juli 2011, in Gießen, gestellt. Seinem Aufruf war ein Häuflein von 150 Nazis gefolgt, von denen sich rund 100 Teilnehmer zu einer Demo durch Gießen formiert hatten.

„Gießen bleibt bunt“ – lautete das Motto mehrerer Demonstrationen und einem über die gesamte Innenstadt verteilten Festes, zu dem die verschiedensten Bündnisse und Organisationen aufgerufen hatten. Tausende demonstrierten weitgehend friedlich gegen den Aufmarsch der NPD.

Vereinzelt kam es zu Rangeleien und Sachbeschädigungen.

Mehrere Redner wie Regierungspräsident Dr. Lars Witteck, der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und Oberbürgermeisterin Dietlind Grabbe-Bolz, verurteilten den Rechtsextremismus auf das Schärfste und sprachen sich für eine weltoffene, tolerante Gesellschaft aus.

Als Meister von „Planung und Deeskalation“ zeigte sich die hessi-



sche Polizei, der es wieder einmal gelungen war, eine Einsatzlage, deren Einsatzgebiet das gesamte Stadtgebiet von Gießen umfasste, zu meistern.

Leider konnte dies nur durch den Einsatz vieler, vieler Kolleginnen und Kollegen erreicht werden, die ihren Samstag sicherlich auch mal gerne bei ihren Familien verbracht hätten.

**Für die Angehörigen der Hessischen Bereitschaftspolizei fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass das planbar, freie Wochenende wieder einmal gestrichen wurde!!!**

Ca. 2 500 Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei, unterstützt durch Einsatzkräfte aus mehreren Bundesländern mit ihren Heimatstandorten Dresden, Erfurt, Leipzig, Wuppertal, Dortmund, Braunschweig und Duisburg gewährleisteten die Trennung von „Rechts“ und „Links“. Gießen glich einer Festung! Neben den o.a. Einsatzkräften kamen natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen der Polizeihubschrauberstaffel, der

Wasserschutzpolizei und der Landesreiterstaffel in ihren Einsatzbereichen zum Einsatz.

Der einzige gravierende Vorfall ereignete sich am Rande des Geschehens. Eine bislang unbekannte Gruppe Vermummter hatte sich unbemerkt in die Licher Straße begeben und dort das Haus einer Studentenverbindung mit Farbbeuteln beworfen sowie Scheiben eingeschlagen. Auf der Straße stapelten sie Holzpaletten, die sie kurz darauf auch anzündeten. Wenige Meter weiter warfen sie bei einer Bank Scheiben ein und zertrümmerten im Vorraum die dort aufgestellten Geldautomaten. Der inzwischen bezifferte Schaden liegt bei weit über 100.000 Euro.

**Übrigens: mehrere Dinge haben mir bei diesem Einsatz besonders gut gefallen!**

Bei allen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen machte der Personalratsvorsitzende des PP Mittelhessen, Holger Schmidt, mit seinem Team die Runde und versorgte diese (auf Kosten der GdP) sozusagen temperaturadäquat mit Eis aus ei-

ner mitgeführten Kühltruhe. Auch viele eingesetzte Führungskräfte scheuten sich nicht zuzugreifen. Bei der Kräfteeinweisung wurde den eingesetzten Kräften mittels einer kollegialen Ansprache bei der Verteilung von Aufträgen und Anweisungen gut verdeutlicht, worauf es bei diesem Einsatz ankommt. Dies wertete ich als Anwesende als partnerschaftliche Zusammenarbeit. Sollte es doch noch etwas werden mit der herbeigesehnten „neuen Führungskultur“ in der hessischen Polizei?

Es wäre uns allen Beschäftigten in der hessischen Polizei zu gönnen und führt mit Sicherheit nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsqualität. Die Versorgung der Einsatzkräfte durch die vorbereitete Buffetform kündeten fast schon von den einstigen WM – Verpflegungsstandards aus dem Jahr 2006! Weiter so, haben viele eingesetzte Kolleginnen und Kollegen bei diesem Einsatz in der Zwischenzeit berichtet. Bleibt zu hoffen, dass auch „ganz oben“ diese Zeilen gelesen werden.

Roland Kramer, BZG HBP

## Die Hessische Polizeistiftung

Der Erfolg polizeilicher Arbeit stellt sich immer nur dann ein, wenn ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes besteht. Die hessische Polizei ist bürgernah und bürgerfreundlich. Das beweisen die Polizeibesetzten Tag und Nacht im Rahmen ihrer Dienstverrichtung. Gerade die hessenweiten durchgeführten „Tage der offenen Türen“ in den Polizeipräsidien und der immense Zuspruch durch die Bevölkerung bestätigen eindrucksvoll das gute Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei.

Als Sicherheitsinstitution genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land lehnt Gewalt gegen Polizeibesetzte ab. Weit mehr Vertrauen wird in die Arbeit der Polizei gesetzt als in die der Politiker! Zum Selbstverständnis des Polizeiberufes gehört es jedoch, dass sich Polizistinnen

und Polizisten in Gefahr begeben müssen. Häufig müssen wir in der medialen Berichterstattung zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeit der Polizei häufig mit dem Einsatz von Leib und Leben verbunden ist.

Nicht selten werden bei besonders schweren Einsätzen unsere Polizeibesetzten schwer verletzt oder gar getötet. Dabei ist festzustellen, dass nach der vielleicht spektakulären Berichterstattung das Ereignis schnell in Vergessenheit gerät. Im Bewusstsein der schnelllebigen medialen Welt sind täglich wechselnde Schlagzeilen gegenwärtig. Viele Polizeibesetzte haben sich sicherlich schon oft gefragt: was geschieht, wenn mir etwas zustößt mit meiner Familie? Unseren Dienstherrn sind dabei häufig enge Grenzen gesetzt, auch wenn die Versorgungsregelungen in den letzten Jahren nicht verschlechtert wurden. In diesen Fällen dann zu helfen, Betroffenen und Angehörige

nicht im Stich zu lassen, hat sich die Hessische Polizeistiftung nach ihrer Gründung im Jahre 1972 durch den damaligen Innenminister des Landes Hessen zur Aufgabe gemacht. Diejenigen Polizeibesetzten, die in ihrem Dienst für die Allgemeinheit Schaden erlitten haben, haben eine Solidarität verdient. Die Hessische Polizeistiftung betreut oft über Jahre hinweg die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien und Angehörigen. Im Vorstand der Hessischen Polizeistiftung sind folgende Mitglieder vertreten: der Landespolizeipräsident, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei sowie ein weiteres Mitglied des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei.

Darüber hinaus werden wir durch unsere Geschäftsführerin, Frau Silke Wendling, unterstützt. Die Hessische Polizeistiftung ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts, sie ist mild-

tätig und gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung.

Beispiele unserer Unterstützungen sind:

- | Gewährung von Sonderurlauben an im Dienst Schwerverletzte zur schnelleren Regeneration.
- | Finanzielle Unterstützung von Angehörigen getöteter Polizeibeschäftigter bei Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil Existenz bedrohend sein können.
- | Einmalige Weihnachtsunterstützung von ehemaligen Polizeibe-

schäftigten, deren Ruhestandsbezüge unter dem Sozialhilfesatz liegen.

Ihre Mittel erhält die Hessische Polizeistiftung u.a. auch durch Spenden aus der Bevölkerung, von Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Des Weiteren fließen ihr Bußgelder aus Strafverfahren zu. Darüber hinaus kann auch eine Fördermitgliedschaft bei der Hessischen Polizeistiftung eine wirksame Unterstützungsleistung sein, um speziell Langzeitfälle noch besser betreuen zu können. Hier haben in der zurückliegenden Zeit einige Kolleginnen und Kollegen davon Ge-

brauch gemacht und sind Fördermitglieder geworden. Wir würden uns aber über jedes weitere Fördermitglied freuen. Als Vorsitzender der Polizeistiftung bedanke ich mich bei allen Fördermitgliedern und Gönnern für ihre Spendenbereitschaft! Gerne stehen wir für weitere Auskünfte unter folgender Anschrift zur Verfügung: Hessische Polizeistiftung, Friedrich Ebert Allee 12, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 – 353 1773.

Jens Mohrherr, Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung

## Hallo Berlin!

### GdP-Botschafter erreichen mit der Sternfahrt das Brandenburger Tor



**Teilnehmer werben für Zivilcourage**

Bei strahlendem Sonnenschein erreichte der Tross der 100 Kolleginnen und Kollegen am Samstagmittag das Zentrum Berlins.

Durch die Polizei in Brandenburg und Berlin begleitet, starteten die Teilnehmer am Samstagmorgen vom Templiner See die letzte Etappe von Potsdam nach Berlin. Ein großer Teil des Feldes setzte sich aus hessischen Radfahrern zusammen, die am Montag, 01. August am Frankfurter Römer durch den Schirmherrn der Sternfahrt, Innenminister Boris Rhein, auf die Reise geschickt wurden. In seiner Rede dankte er ausdrücklich der GdP, die ein solches gesellschaftliches Engagement

zeigt, und wünschte allen eine gesunde Ankunft in Berlin.

Der Minister ließ es sich nicht nehmen, die ersten Kilometer selbst auf seinem Fahrrad an der Spitze des Feldes mitzufahren, natürlich passend in einem GdP-Trikot mit dem Tourmotto.

Und das Tempo, das er hier vorlegte, würden wir uns bei manchen Problemlösungen im Polizeibereich ebenfalls wünschen.

„Tu was! Für mehr Zivilcourage“, so lautete das Motto der Fahrt, die zeitgleich in Bayreuth, Dortmund und Frankfurt startete. Nach über 600 Kilometern war es dann soweit

und die zentrale Botschaft der Sternfahrt war in Berlin angekommen.

Die hessischen Teilnehmer starteten überwiegend in Frankfurt, einige schlossen sich auch der Gruppe in Bayreuth an. An allen Etappenzielen wurden die Kolleginnen und Kollegen, die an der Fahrt während ihres Urlaubs oder Freizeit teilnahmen, durch Bürgermeister, Polizeipräsidenten und nicht zuletzt von den Gewerkschaftsvertretern der GdP vor Ort begrüßt.

In zahlreichen Bürgergesprächen konnte der Hintergrund dieser Mot-



**Minister Rhein gab den Startschuss in Frankfurt**



**Vor der letzten Etappe Potsdam-Berlin**

tofahrt vermittelt werden, was durch die Verteilung von Flyern, Infokärtchen und T-Shirts unterstützt wurde.

Am Ende einer anstrengenden Woche war die Zufriedenheit unter den GdP-Botschaftern aber mehr als spürbar.

Unterstützung der Polizei durch die Bürgerinnen und Bürger, da die Ordnungshüter durch immer weniger Personal und immer weiter steigende Aufgaben an Grenzen gestoßen sind. Helfen, ohne sich selbst in Gefahr zu begeben, das ist die zentrale Bitte an die Öffentlichkeit gewesen. Wir brauchen keine Helden, aber eine Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne für seinen Nebenmann interessieren sollte.

Das Wissen, welche Möglichkeiten bestehen um in brenzlichen Si-

tuationen zu helfen, wenn es zunächst auch unbedeutend erscheint, kann in vielen Fällen dazu führen, den Opfern von Straftaten zu helfen.

So wurde am Ende der Woche nicht nur die sportliche Herausforderung bewältigt, sondern während der Sternfahrt konnte das zentrale Thema, nämlich "Tu was- für mehr Zivilcourage" eindrucksvoll und wirksam transportiert werden.

Ein herzliches Dankeschön an alle Botschafter, Teilnehmer und Helfer, die eine solche Veranstaltung mit großem organisatorischem Aufwand möglich gemacht haben. Hierzu zählen natürlich auch die vielen Kolleginnen und Kollegen, die uns durch eine professionelle Begleitung und Lotsung große Hilfe und Sicherheit gegeben haben.

Informationen und viele Bilder findet ihr natürlich auf der Homepage der GdP Hessen unter [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen) PW



**Die Sternfahrer am Brandenburger Tor**

## Ute Heyer nach 34 Berufsjahren verabschiedet

Im Rahmen einer kleinen Abschiedsfeier wurde Mitte Juli unsere Personalratskollegin Ute Heyer in den Ruhestand verabschiedet. Vizepräsident Wolfram Ritter hatte zu dieser Feierstunde eingeladen. Mit zugegen waren auf Utes persönlichen Wunsch der Abteilungsleiter der I. BPA, Thomas Schmidl, der Personalratsvorsitzende des HBPP, Roland Kramer und der Bezirksgruppenvorsitzende Detlef Otto.

In Begleitung ihres Mannes Ralf genoss Ute Heyer eine nette und fröhliche Runde. Auch der Anlass, ihr vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben wegen einer ernsthaften Erkrankung, konnte diese ge-

lungene Abschiedsrunde nicht trüben. So wie wir sie alle kennen, immer fröhlich und humorvoll, wirkte ihre positive Ausstrahlung auch an diesem Tag.

Vizepräsident Ritter würdigte in einem Rückblick ihren 34-jährigen Berufsweg, den die gebürtige Kostheimerin als Rechtsanwaltsgehilfin begann und dann im dritten Jahr bei der Bereitschaftspolizei im Abteilungsstab der Mudra-Kaserne fortsetzte. Als Sachbearbeiterin und in Zusammenarbeit mit der Abteilungsleitung schätzte man ihre fachliche Arbeit und ihre Verschwiegenheit im Führungsstab. In dieser Zeit lernte sie auch ihren Ralf kennen,

den sie dann später heiratete. Im Rahmen der großen Polizeireform 2001 und in Vorbereitung der Personalratswahlen wurde sie am 14.12.2000 als Vertreterin für Angelegenheiten der Tarifbeschäftigten in den Vorstand der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei gewählt.

In Folge kandidierte Sie aufgrund des Votums der Delegierten ihrer Kreisgruppe Mudra und der BZG für ein Mandat als Vertreterin der Tarifbeschäftigten im Personalrat. Neben ihrer fachlichen Qualitäten für die Tarifbeschäftigten in Zusammenarbeit mit Gisela Heimrich, die für die Tarifbeschäftigten dienstlich



verantwortlich war, leistete sie hervorragende Arbeit zum Wohle der Beschäftigten. Das würdigten besonders Roland Kramer und Detlef Otto anlässlich ihrer Ruhestandsfeier, auch wenn es immer mal kritische Auseinandersetzungen in der

Sache gegeben hat. Insbesondere ihre persönlich belebende Ausstrahlung wirkte sich in beiden Gremien positiv ansteckend auf alle Vorstandsmitglieder aus. Bei den Personalratswahlen im Mai 2004 gelang Ute erneut der Sprung in das

Personalratsgremium. Mit ihrem fachlichen Tarifwissen half sie bei der schwierigen Umsetzung des politisch beschlossenen Zukunftssicherungsgesetzes, das infolge der damaligen Landeshauhaltskonsolidierung bei der Bereitschaftspolizei 104 Tarifstellen über die Personalvermittlungsstelle sozialverträglich abzubauen hatte. Leider verhinderte ihre Erkrankung, die sie vorzeitig in einen einstweiligen Ruhestand versetzte, eine Fortsetzung ihrer Tarifarbeit im Personalrat. Sie musste daher ihre Kandidatur zur Personalratswahl 2008 zurückziehen. Wir haben nun eine sympathische Berufskollegin verabschiedet, der wir für ihre Zukunft alles erdenklich Gute wünschen, vor allem eine baldige Genesung und hoffentlich viele fröhliche Stunden im wohlverdienten Ruhestand.

D.Otto; BZG HBP  
Foto: Maus

## Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung AUCH MENSCH - GdP-Protest in der Wiesbadener Innenstadt



**GdP vor Ort in Wiesbaden**

Von einer Wertschätzung der schwierigen polizeilichen Arbeit kann keine Rede mehr sein. Die Entscheidung der Regierungsfractionen aus CDU und FDP, mit dem eingebrachten Gesetzesentwurf unsere Kolleginnen und Kollegen wieder einmal von einer Einkommenssteigerung abzukoppeln, ist mit Worten kaum mehr zu beschreiben.

Die Grenze der Unverschämtheit ist aber dann bereits überschritten,

wenn sich unsere Volksvertreter lautlos ihre Diäten just zum gleichen Zeitpunkt um satte 2,8% erhöhen.

Sich dann noch hinzustellen und es auf das System in Hessen schieben, um zu sagen, dies habe man nicht selbst entschieden, ist dann noch eine Steigerung der Unverschämtheit.

**Meine Damen und Herren, mit Verlaub, schämen sie sich in**

### Grund und Boden für diesen Umgang mit den hessischen Polizistinnen und Polizisten.

Welche Wertschätzung dürfen wir von der Politik denn erwarten?

Gab es nicht genügend Nackenschläge in den vergangenen Jahren? Muss denn immer noch ein Schlag oben drauf gesetzt werden?

Wir haben als GdP alle Abgeordneten des Hessischen Landtages persönlich angeschrieben und aufgefordert, sich von ihrer freien Gewissensentscheidung leiten zu lassen und nicht etwa von einem Fraktionszwang bei den anstehenden Abstimmungen zum Gesetzesentwurf.

Am 13. August 2011 sind wir in der Wiesbadener Innenstadt auf dem Mauritiusplatz an die Öffentlichkeit getreten. Mit einem Infostand und 14 aktiven Helfern aus den Bereichen des HLKA, HBP, HPA, PTLV und des PP Westhessen sind wir offensiv an die Bevölkerung heran getreten, um auf die Missstände und den neuerlichen schlechten

Umgang aufmerksam zu machen. Auch Kollegen aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz beteiligten sich.

Unter dem Motto "AUCH MENSCH" haben wir über mehrere Stunden mit vielen Bürgerinnen und Bürgern Kontakt gehabt und durften eine überwältigende Unterstützung erfahren.

Viele eigene Erfahrungen wurden uns berichtet, die unsere Darstellungen mehr als bestätigen.

**Es tut gut zu erfahren, dass wir die Bevölkerung hinter uns haben, denn sie sind diejenigen, die einen Anspruch auf Sicherheit und Ordnung in unserem Lande verlangen dürfen.**



**Ralf Humpf im Gespräch**

"Die Politik hat die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, und die sehen nicht gerade rosig aus", so eine aufgebrachte Dame, die uns aus eigener Erfahrung von Situationen berichtete, in denen sie die Polizei benötigte.

"Wenn ich mir täglich im Fernsehen und den Zeitungen anschau, wie mit den Polizistinnen und Polizisten umgegangen wird, welchen mangelnden Respekt sie erfahren und wie die Politik dann noch mit ihnen umgeht, dann verstehe ich nicht, dass man diesen Job noch so engagiert ausüben kann. Ich werde meinen beiden Kindern nicht empfehlen, zur hessischen Polizei zu gehen, auch, wenn es ihr kleiner Traum ist", so berichtete uns ein Familienvater.

**Was ist also die Polizei noch wert in diesem Staat?**

So, wie man derzeit mit uns umgeht, sind die Grenzen weit über-



**Jürgen Aschenbrenner beantwortet Fragen**

schritten. Es vergeht kaum ein Tag, in dem wir nicht von tätlichen Angriffen auf Polizeibeamte erfahren. Die gewalttätigen Angriffe steigen immer weiter an, die Taten werden immer brutaler und hinterlistiger.

Der Personalabbau der letzten Jahre, die Gehaltseinbußen zur Finanzierung der Haushaltslöcher, eine unsäglich per Diktat eingeführte 42-Stundenwoche, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und vieles mehr führen zu sehr bedenklichen Entwicklungen.

**Die Kolleginnen und Kollegen sind am Ende ihrer Kräfte, dies zeigt sehr deutlich auch die steigende Anzahl von eingeschränkt Dienstfähigen.**

Ein Ende in Sicht?

Nein, es geht genauso brutalst möglich weiter, wie es unter dem Vorgänger von Ministerpräsident Bouffier, Herrn Koch begonnen hat.

Auf uns steuert ein weiterer tiefer Griff in die Geldbeutel zu. Die Beihilfe-Verordnung in Hessen soll zum 01. Januar 2012 geändert werden. Einzelheiten hierzu könnt ihr dem Bericht in diesem Heft entnehmen.

**Wir müssen mit allen Kräften verhindern, dass man so unverschämt mit uns umgeht.**

Die Erfahrungen in den Bürgergesprächen haben gezeigt, dass wir die Bevölkerung hinter uns haben. Wir sind auf einem richtigen Weg, brauchen aber alle Kraft und Solidarität auch von euch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die hessische GdP wird weiterhin nicht müde werden, ihren Protest öffentlich zu machen.

Auch, wenn wir uns in Hessen nicht als Polizeibeamte zu erkennen geben dürfen, indem das Ministerium uns verbietet, in Uniform zu protestieren, werden wir Wege finden, die Themen in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Wer schützt die, die den Staat schützen? Was lassen sich unsere Kolleginnen und Kollegen noch alles bieten?

Das werden die zentralen Fragen sein, die es zu beantworten gilt. Viel reden und darüber schreiben gehört natürlich dazu.

**Aber die mangelhafte Wertschätzung eurer schwierigen Arbeit und die mehr als fehlende Rückendeckung durch die Politik erlaubt es auch, dass wir endlich mal wieder zeigen, wo Schluss ist mit Lustig.**

**Einen Aufstand der Ordnungshüter, natürlich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu organisieren, ist nicht einfach. Wir bauen aber auf eure Unterstützung.**

Lasst uns der Politik auch einmal zeigen, wo Grenzen überschritten werden, unterstützt uns aktiv in den kommenden Wochen und Monaten, wir brauchen eure Hilfe und Unterstützung, ebenso wie die der Bevölkerung.

Peter Wittig

# Was ist in einem Pflegefall zu tun?

Die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen - so führt der Hess. Minister Jürgen Banzer aus - wird in Hessen zu fast 75% von Angehörigen wahrgenommen. Eine solche Pflege erfordert ein immenses Maß an Kraft, sind die Angehörigen doch meist rund um die Uhr im Einsatz. Allerdings tragen sie so entscheidend dazu bei, dem pflegebedürftigen Familienmitglied ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Allerdings kann die Pflege nicht immer auf Dauer ohne Unterstützung geleistet werden. Sei es, weil pflegende Familienmitglieder die Kraft verlässt und sie selbst Erholung benötigen, sei es, weil für die Pflege der Angehörigen Hilfsmittel benötigt werden, wie z.B. ein spezielles Bett.

Neben körperlichen und seelischen Belastungen treten oft organisatorische Probleme auf, die von den pflegenden Angehörigen gelöst werden müssen. Mit welchen finanziellen und materiellen Hilfen können die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen rechnen? Wie sind die verschiedenen Pflegestufen definiert? Welche Leistungen erbringen die Pflegekassen? Diese und weitere Fragen sollen diese Ausführungen beantworten. Sogleich soll die Frage beantwortet werden, welche weiteren Angebote und Leistungen es für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen gibt und welche Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

## **Pflegebedürftigkeit - was ist das?**

Pflegebedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuches ist, wer wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die Verrichtung des täglichen Lebens auf Dauer - d.h. für mindestens sechs Monate - auf fremde Hilfe angewiesen ist. Unter Krankheit und Behinderung werden verstanden:

- I Verluste, Lähmungen oder andere Funktionsstörungen am Stütz- und Bewegungsapparat,

- I Funktionsstörungen der inneren Organe oder Sinnesorgane,
- I Störungen des Zentralnervensystems, wie etwa Antriebs- Gedächtnis- oder Orientierungsstörungen,
- I sowie Psychosen, Neurosen oder geistige Behinderungen.

Zu den Verrichtungen des täglichen Lebens, der sogenannten Grundlage gehören die Körperpflege (z.B. Waschen, Duschen, Zahnpflege) genauso wie die Ernährung (Zubereitung oder Aufnahme der Nahrung), die Mobilität (z.B. An- und Auskleiden, Treppensteigen) und die hauswirtschaftliche Versorgung (z.B. Einkaufen, Kochen, Putzen).

Maßgeblich ist dabei der Hilfsbedarf, der sich aus einer Erkrankung oder Behinderung ergibt, nicht jedoch die Erkrankung oder Behinderung selbst.

## **„Leistungen der Krankenversicherung“**

Die häusliche Krankenpflege, die durch einen Pflegedienst erbracht wird, umfasst ebenfalls Leistungen der Grund- und Behandlungspflege sowie der hauswirtschaftlichen Versorgung. Allerdings wird die häusliche Krankenpflege vom Arzt für einen begrenzten Zeitraum (in der Regel bis zu 28 Tage) verordnet, um eine Verhinderung oder Verkürzung von Krankenhausaufenthalten zu bewirken. Behandlungspflege, hierunter fällt z.B. Medikamentengabe, wird vom Arzt zur Sicherung der ärztlichen Behandlung verordnet. Kostenträger ist die Krankenkasse, die im Einzelfall über die Bewilligung entscheidet. Bei Fragen zu den Leistungen der häuslichen Krankenpflege sollte man sich an den Hausarzt wenden. Im Gegensatz zur Pflegebedürftigkeit liegt hier nicht eine dauerhafte Bedürftigkeit vor, sondern es soll in erster Linie im Krankheitsfall geholfen werden.

## **„Pflegebedürftigkeit - was ist zu tun?“**

Ist jemand auf fremde Hilfe angewiesen, solle zunächst Rat bei einem

Sozialdienst eines Krankenhauses einer Seniorenberatungsstelle oder bei der Pflegekasse gesucht werden. So haben z.B. die Pflegekassen den gesetzlichen Auftrag, die Versicherten und ihre Angehörigen über alle mit der Pflegebedürftigkeit zusammenhängenden Fragen zu unterrichten und zu beraten. Beratungsstellen auf kommunaler Ebene bieten ebenfalls einen bürgernahen Service, geben Auskünfte über gesundheitsrelevante sozialpflegerische und psychosoziale Angebote und vermitteln benötigte Hilfen. Hier kann man sich darüber informieren, welche Hilfen in Betracht kommen könnten. Danach muss man einen Antrag auf Pflegeleistungen bei der zuständigen Pflegekasse stellen. Fest steht: Versicherte erhalten Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung grundsätzlich nur auf Antrag! Der Antrag ist von dem Versicherten seinem Bevollmächtigten oder seinem gesetzlichen Vertreter formlos an die Kranken- bzw. Pflegekasse zu richten, bei der die Versicherung besteht. Die Leistungen werden dann ab Antragstellung gewährt, frühestens jedoch von dem Zeitpunkt an, an dem die Anspruchsvoraussetzungen vorliegen. Wird der Antrag auf Leistungen der Pflegeversicherung später als einen Monat nach Eintritt der Pflegebedürftigkeit gestellt, werden die Leistungen vom Beginn des Monats der Antragstellung gewährt. Nach der Antragstellung beauftragt die Pflegekasse den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) mit einer Begutachtung, welche im Rahmen eines Hausbesuches in der Wohnung oder Zimmer im Pflegeheim erfolgt.

Der MDK wird danach bei der Begutachtung zur Krankengeschichte und dem Hilfebedarf befragen. Weiterhin werden Angaben zur Pflegeperson, der Wohnsituation, zu bereits vorhandenen Hilfsmitteln und den täglichen Hilfeleistungen, die man erhält, benötigt. Der MDK gibt sodann eine Empfehlung an die Pflegekasse, welche Hilfsleistungen notwendig sind und erhebt den täglichen Zeitaufwand für die benötigten Hilfen. Danach erhält man ei-

nen Bescheid der Pflegekasse über die Höhe der zustehenden Leistungen.

### **Thema: Widerspruch**

Ist man mit der Einstufung in eine Pflegestufe nicht einverstanden, muss man in jedem Fall Widerspruch gegen den Feststellungsbescheid bei der zuständigen Pflegekasse einlegen und den Widerspruch begründen.

Dabei muss angegeben werden, warum eine andere Pflegestufe erforderlich ist. Hilfreich ist in diesem Fall, das Führen eines Pflegetagebuches, in dem die einzelnen Hilfen aufgeführt werden. Vermerkt sollte hier insbesondere, wer die Hilfe leistet, sowie wann und wie lange eine Hilfestellung notwendig ist. Außerdem kann eine Eingabe an die zuständige Aufsichtsbehörde erfolgen. Hier muss die zugrunde liegende Problematik geschildert werden.

### **Mitbestimmung bis zuletzt: Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung**

Ein Unfall, eine Krankheit oder alterbedingte Einschränkungen können dazu führen, dass man seine Angelegenheiten nicht mehr selbstverständlich regeln kann. Mit einer Vorsorgevollmacht ermöglichen Sie es ihren Angehörigen oder anderen Vertrauenspersonen, dann die wichtigsten Entscheidungen für Sie zu treffen.

Viele Menschen denken immer noch, dass Ehepartner oder Kinder automatisch für sie entscheiden dürfen, wenn sie das selbst nicht mehr können. Doch Angehörige haben in einer solchen Situation nur dann eine umfassende Vertretungsmacht, wenn ihnen ausdrücklich eine Vollmacht erteilt wurde. Ist das

nicht der Fall, wird unter Umständen die Bestellung eines gesetzlichen Betreuers durch das Betreuungsgericht notwendig. Dabei werden zwar die nächsten Verwandten besonders berücksichtigt, wenn aber die Angehörigen oder andere Vertrauenspersonen eine Vollmacht haben, entfällt der Umweg über das Gericht. Welche Lebensbereiche umfasst die Vorsorgevollmacht? Die Vollmacht kann sich auf alle Lebensbereiche beziehen, von der Vermögensverwaltung bis hin zur Auswahl eines geeigneten Pflegeheims.

Eine Vollmacht kann als Generalvollmacht erteilt werden. Es ist ebenfalls möglich, nur für spezielle Bereiche (z.B. medizinische Angelegenheiten) eine Vollmacht zu erteilen - dann allerdings kann für andere Bereiche zusätzlich die Bestellung eines Betreuers notwendig werden. Genügt eine Generalvollmacht zur Vorsorge?

Wenn für die nachstehenden Fälle eine Vollmacht erteilt werden soll, muss dies auch bei einer Generalvollmacht ausdrücklich benannt werden.

1. Entscheidungen über ärztliche Untersuchungen, Heilbehandlungen oder medizinische Eingriffe, wenn hierbei Lebensgefahr besteht (etwa bei einer Herzoperation) oder ein schwer langfristiger Gesundheitsschaden (z.B. Amputation) zu erwarten ist. Falls der Arzt und der Bevollmächtigte nicht einvernehmlich den mutmaßlichen Familienwillen feststellen können, entscheidet hier trotz Vollmacht das Betreuungsgericht. Eine Patientenverfügung kann hilfreich sein, um in diesem Fall Klarheit über den Patientenwillen zu erhalten.

2. Entscheidung über geschlossene Unterbringung oder andere freiheitsbeschränkende Maßnahmen. Auch hier entscheidet trotz Vollmacht immer das Betreuungsgericht mit.

3. Was geschieht, wenn ich meine Angelegenheiten nicht mehr allein regeln kann und keine - Vorsorgevollmacht ausgestellt wurde? Ist dies der Fall, kann die Bestellung eines Betreuers notwendig werden. Auch in diesem Fall kann vorgesorgt werden. Wenn in einer sogenannten Betreuungsverfügung Wünsche für eine Betreuung dargelegt und ggf. ein Betreuer vorgeschlagen wurde, setzt das Gericht unter Berücksichtigung ihrer Verfügung einen Betreuer ein und kontrolliert, ob die Betreuung soweit wie möglich den Wünschen der Betroffenen entspricht.

4. Für wen ist die Betreuungsverfügung besser geeignet als die Vollmacht? Die Betreuungsverfügung kommt nach Ansicht der Experten vor allem für diejenigen in Betracht, - die niemanden eine Vollmacht anvertrauen wollen, sondern eine Kontrolle durch das Betreuungsgericht wünschen; - die keine nahe stehende Person mehr haben, aber in einer Verfügung ihre Wünsche bezüglich ihrer Betreuung - auch durch einen möglicherweise fremden Betreuer deutlich machen wollen.

Ergänzende Informationen über Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung findet man bei zahlreichen Sozialeinrichtungen.

K.D.

---

## **Bikertour der KG Mudra / Südtirol 2011**

Langersehnt konnte es am Mittwoch, dem 22. Juni endlich losgehen. Die Biker trafen sich in der Mudra, und um 08.30 Uhr ging es bei bewölktem, aber trockenem, später sogar sonnigem Wetter Richtung Süden. In Ulm wurde der erste Boxenstop eingelegt.

Danach strebten wir über die A 7 der Grenze zu Österreich entgegen. Mit Grenzübertritt endete die Autobahn und wir schwangen uns auf kurviger Bundesstraße an Reute vorbei Richtung Fernpass. Den Fernpass hinter uns gelassen, erreichten

wir kurz nach Mittag die Raststation Nassereith.

Gut gesättigt führte unsere Tour weiter über Telfs, Innsbruck und hinauf zum Brenner. Auf der Brennerstaatsstraße passierten wir Sterzing und Brixen.

Von Klausen ging es über eine serpentinenreiche Straße hinauf nach Villanders. Auf dem Falbinger Hof wurden wir bereits vom Sepp (dem Wirt) mit einem Begrüßungsschnaps in Empfang genommen. Die ersten 600 Kilometer der Tour hatten wir geschafft. Die Motorräder schnell in der Scheune untergestellt und frisch gemacht, begaben wir uns mit leichtem Hunger zur Pizzeria „Rustica“. In der Pizzeria gibt es eine der besten Pizzen in Südtirol oder alternativ vorzügliche Südtiroler Spezialitäten.

Am nächsten Morgen erblickten wir über dem Langkofel und der Seiser Alm dunkle Wolken. Nach einem reichhaltigen Frühstück entschlossen wir uns deshalb in Richtung Bozen zu fahren. Die Tour begann bei bewölktem Wetter durch das Eisacktal zur Südtiroler Landeshauptstadt. Bozen mit seiner überschäumenden Lebendigkeit hinter uns lassend, bewegten wir uns durch Obstwiesen dem Gampenjoch entgegen. Von Vilpian wurde die Straße schmaler, kurvenreicher und der Verkehr auch weniger. Das Gampenjoch überquerten wir schon bei leichtem Regen. In Fondo erwischte uns ein Gewitter.

Langsam umrundeten wir den Lago di Santa Guistina und setzten unseren Weg Richtung Passo Tornale fort. Das Wetter wurde nun besser, die Straßen trocken und die Sonne kam heraus. Ab Cles führte unsere Route südlich Richtung Mezzolombardo und das Wetter wurde auch wieder schön. Im Tal angekommen, ging es über Neumarkt, Leifers und Bozen Richtung Norden nach Villanders. An diesem Tag hatte die Gruppe trotz der unterschiedlichen Wetterverhältnisse 265 km zurückgelegt. Am Freitagmorgen strahlte schon die Sonne beim Aufwachen ins Zimmer. Nach dem Frühstück starteten wir über das Eisacktal hinein ins Grödnertal.

Über St. Ulrich, St. Christina und durch Wolkenstein erreichten wir dann die Königin der Dolomiten, das Sellajoch in 2240 Meter. Vom Sellajoch wedelten wir durchs Fassatal Richtung Canazei und dann wieder hinauf zum fahrerisch anspruchsvollem Pordoijoch. In 2239

m Höhe hatte man einen traumhaften Ausblick auf die umliegenden Berge der Dolomiten. Im Takt ungezählter Kurven verließen wir die Passhöhe, flitzten über die große Dolomitenstraße dem Passo di Falzarego (2105 m) entgegen. Ein kleiner Abstecher führte uns in den berühmten Wintersportort Cortina d'Ampezzo.



Auf dem Passo Falzarego zurück, wedelten wir weiter auf den Passo Valparola (2192 m). Bei strahlend blauem Himmel konnte man von hier weit in die Bergwelt der Dolomiten blicken. Durch ein mächtiges Felsenlabyrinth ging es über kurvige Straßen hinter nach Abtei Badia. Dem Tal folgend führte uns ab St. Martin in Thurn ein herrliches Potpourri an Kehren durch eine bewaldete Landschaft Richtung Würzjoch. Auf der Passhöhe in 2006 m stand unser Tagesziel der Gasthof „Ütia de Börz“.

Über unsere „Hauskehren“ erreichten wir wieder den Falbinger Hof. An diesem Tag hatten wir nur 220 Kilometer zurückgelegt, jedoch hatte jeder seinen Kurvenspaß gehabt. Der nächste Tag wurde gleich im Anschluss geplant. Es sollte der Höhepunkt der diesjährigen Bikertour werden. Die Wettervorhersage für den Samstag prognostizierte strahlenden Sonnenschein.

Die Tour führte durch Brixen und am Kloster Neustift vorbei in Richtung Pustertal. Über die Pustertaler Höhenstraße, durchs Gardertal über den Furkelsattel (1759 m) erreichten wir wieder das Pustertal. Über Toblach und Innichen wedelten wir auf der Karnischen Dolomitenstraße in Richtung Sexten.

Weiter ging es über den Kreuzbergpass (1636 m), Passo del Zovo (1482 m). In Santa Caterina legten wir einen Stop ein. Bis dahin hatten

wir die halben Sextener Dolomiten mit den drei Zinnen umrundet. Dies entsprach auch der Hälfte unserer geplanten Tour. Nun lag eine fahrerische Herausforderung vor uns. Wir mussten die 55 Kehren des Passo Giau bewältigen. In 2233 m Höhe war es ein wenig frisch, dafür hatte man aber einen traumhaften Blick über die Bergwelt.

Über den Passo di Fedai (2047 m) mit Blick auf die Gletscherregion des Marmolada wedelten wir nach Canazei. Hier hatte Yamaha an diesem Wochenende die Yamaha-Days in Italien veranstaltet. Als wir in den Ort reinkamen, war jeder freie Platz mit irgendwelchen Motorrädern belegt. Nach einem Tankstop waren wir froh, dass wir Canazei hinter uns lassen konnten. Über den Karerpass (1745 m) mit Karersee gaben wir den Bikes die Zügel und schwangen unterhalb des „Rosengartens“ über den Niglerpass (1630 m).



**Unser Team**

In Villanders angekommen, waren dann alle erschöpft. Wir mussten feststellen, dass diese Tour mit über 325 km und einer reinen Fahrzeit von 7 Stunden doch jeden geschafft hatte. Bei einem Rückblick auf die vergangenen Tage waren alle Teilnehmer der Meinung, dass wir wieder eine gelungene Tour erlebt hatten und alle freuen sich schon auf das nächste Jahr.

Ralf Heyer, KG Mudra

